

Geschäftsbericht 2011

**Bericht über das Geschäftsjahr 2011
der
Kreissparkasse Nordhausen**

Für das Vertrauen und die Verbundenheit unserer Kundinnen und Kunden bedanken wir uns herzlich. Unser Dank gilt weiterhin unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr persönliches Engagement sowie den Mitgliedern des Verwaltungsrates, des Personalrates und unserer Frauenbeauftragten für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Nordhausen, im März 2012

Kreissparkasse Nordhausen

Der Vorstand


Przybilla


Asche


Seeber

INHALT

Die Sparkasse und ihre Filialen	4
Lagebericht	5
Bericht des Verwaltungsrates	26
Jahresabschluss	27
Anhang	31
Verwaltungsrat und Vorstand	45
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	47

Kontaktdaten

Telefon: 03631 / 428 0
Telefax: 03631 / 428 112
Internet: www.kreissparkasse-nordhausen.de
Mail: info@kreissparkasse-nordhausen.de

Filialen

Nordhausen, Stadt

Grimmelallee	Grimmelallee 10, 99734 Nordhausen
Hauptstelle	Kornmarkt 9, 99734 Nordhausen
Nord	Dr.-Robert-Koch-Straße 1, 99734 Nordhausen
Salza	Bochumer Straße 161, 99734 Nordhausen
SV Sparkassenversicherung	Töpferstraße 41, 99734 Nordhausen

Filialen im Landkreis

Bleicherode	Kirchstraße 3, 99752 Bleicherode
Ellrich	Am Markt 7, 99755 Ellrich
Heringen	Schulstraße 7, 99765 Heringen
Ilfeld	Ilgerstraße 16, 99768 Ilfeld
Neustadt	Burgstraße 4, 99762 Neustadt
Niedersachswerfen	R.-Breitscheid-Straße 1, 99762 Niedersachswerfen
Sollstedt	Am Markt 4, 99759 Sollstedt
Wipperdorf	Straße der Einheit 132, 99752 Wipperdorf

Selbstbedienungsstellen

Atrium-Passage	Bahnhofstraße 18, 99734 Nordhausen
Herkules-Markt	An der B4, 99762 Niedersachswerfen
Kleinfurra	Sandstraße, 99735 Kleinfurra
Nordhausen-Ost	Conrad-Fromann-Straße 50, 99734 Nordhausen
S-Shop im Marktkauf	Darrweg 67, 99734 Nordhausen
Südharz-Krankenhaus	Dr.-Robert-Koch-Straße 39, 99734 Nordhausen

Stand: 12/2011



Lagebericht

zum 31. Dezember 2011
der Kreissparkasse Nordhausen

Lagebericht

A Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses und der Lage

1. Rahmenbedingungen

1.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Deutschland hat sein staatliches Finanzierungsdefizit Dank der relativ guten konjunkturellen Erholung 2011 auf 1,0 % des Bruttoinlandsproduktes zurückführen können. In den beiden vorangegangenen Jahren war der Grenzwert des Maastricht-Vertrages von 3 % noch überschritten worden. Nach dem deutlichen Aufschwung der deutschen Volkswirtschaft im Jahr 2010 setzte sich dieser im Berichtsjahr fort. Die gesamtwirtschaftliche Leistung stieg, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, im Jahresdurchschnitt um 3,0 %; dabei dämpften die Auswirkungen der europäischen Schuldenkrise und die Verlangsamung der Weltkonjunktur zum Jahresende einen weiteren Anstieg. Das Bruttoinlandsprodukt selbst hat damit das Vorkrisenniveau leicht überschreiten können. Deutsche exportorientierte Unternehmen profitierten von der anziehenden Weltwirtschaft; zugleich stieg die Inlandsnachfrage und führte zu hohen Produktionsauslastungen und optimistischen Geschäftsaussichten. Dies führte, neben günstigen Finanzierungsbedingungen, zu einer Ausweitung der gewerblichen Investitionen, insbesondere zum Erhalt und zur Erweiterung der Produktionskapazitäten. Die Anlageinvestitionen (insgesamt 2011 real +6,5 %) waren sowohl bei den Ausrüstungen (+8,3 %) als auch bei den Bauten (+5,4 %) sehr dynamisch. Die Investitionstätigkeit hat 2011 den Export als Haupttriebfeder des Wachstums der deutschen Wirtschaft abgelöst. Neben der konjunkturellen Entwicklung führten die Rentabilitätssteigerungsprogramme der Vorjahre im Jahr 2011 zu Rekordgewinnen bei deutschen Unternehmen.

Der private Konsum (real +1,5 %) blieb etwas hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zurück. Die Belebung ist auf die nach der Rezession wieder gestiegene durchschnittliche Arbeitszeit, die gute Beschäftigung, damit einhergehend mehr Arbeitsplatzsicherheit und höhere Einkommen zurückzuführen. Deutsche Verbraucher zeigten sich unbeeindruckt von den Turbulenzen an den Finanzmärkten. Spürbar wirkte sich zudem die Belebung der Nachfrage am privaten Immobilienmarkt aus. Dämpfende Impulse lieferte der Anstieg der Verbraucherpreise, vor allem der Rohstoffpreise, um 2,3% aus. Damit lag die Jahresteuerrate wiederholt deutlich über dem Vorjahr. Der für die Geldpolitik wichtige Schwellenwert von zwei Prozent wurde damit im Jahresdurchschnitt überschritten.

Die Sparquote als Anteil des Sparens der privaten Haushalte an ihrem verfügbaren Einkommen ist 2011 auf 10,9 % gesunken. 2010 lag sie noch bei 11,3 %.

Parallel zur positiven Beschäftigungsentwicklung im Jahr 2011 sank die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt um 0,26 Mio auf unter 3 Mio Menschen. Die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, sank bundesweit im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 %-Punkte auf 7,1 %. In Ostdeutschland reduzierte sie sich sogar um 0,7 Prozentpunkte.

Das Bruttoinlandsprodukt Thüringens verzeichnete im ersten Halbjahr 2011 einen preisbereinigten Anstieg von 4,1 %, der sich in der zweiten Jahreshälfte normalisierte. Insgesamt dürfte sich die Wachstumsrate am bundesdeutschen Jahresdurchschnitt orientieren. Die Auftragseingänge in der Industrie erreichten zur Jahresmitte 2011 in Thüringen wie in Deutschland insgesamt ihren Höhepunkt. Dies ermöglichte ein Produktionsniveau, bei dem die Firmen an der Kapazitätsgrenze arbeiten. In Thüringen war diese Entwicklung noch ausgeprägter. Zudem vollzieht Thüringen die bundesweite Abschwächung der Auftragseingänge bisher nicht mit: So stiegen die Auftragseingänge stärker als die gesamtdeutsche Durchschnittsrate.

Auswirkungen der guten konjunkturellen Entwicklung zeigten sich auch auf dem Thüringer Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote sank um 1,0 Prozentpunkte auf 8,8 %. Im Landkreis Nordhausen sank die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 11,4 % auf 10,7 %.

Der Einwohnerrückgang im Landkreis Nordhausen setzte sich auch 2011 fort. Im Vergleich zum Vorjahr reduzierte sich die Zahl der hier lebenden Bürgerinnen und Bürger bis zum Halbjahresstichtag um 498 auf 89.592 Einwohner.

1.2 Entwicklung von Geld- und Kapitalmärkten

An den Aktienmärkten der Industrieländer kam es 2011 überwiegend zu deutlichen Kursverlusten. Die europäischen Märkte wurden in der zweiten Jahreshälfte vor allem durch die europäische Schuldenkrise belastet wie auch durch die zunehmende Unsicherheit über die weiteren Konjunkturaussichten. Im Sommer 2011 brachen die Aktienmärkte ein, verloren zwischen Juli und September vielerorts - so auch in Deutschland gemessen am DAX - ein Drittel ihres Wertes. Der deutsche Leitindex DAX gab per Jahresfrist seine Vorjahresgewinne wieder ab und sank um 1.016 Punkte bzw. 15% auf 5.898 Punkte. Weitaus höhere Verluste als der Gesamtmarkt verzeichneten europäische Bankwerte. Diese wurden insbesondere durch Befürchtungen um Ausfälle aus Staatsanleihen und Rekapitalisierungsbedarf der Kreditinstitute ausgelöst. Tatsächlich gab es ab Herbst 2011 wieder Blockaden und Misstrauen am Interbankenmarkt. Die Lage erinnerte an die Situation nach der Lehman-Insolvenz drei Jahre zuvor. Viele Kreditinstitute parkten ihre Liquidität wieder bei der Europäischen Zentralbank, während andere Institute, vor allem aus den Krisenländern, in immer stärkerem Maße auf die Finanzierung durch die Notenbank angewiesen sind. Die Schuldenkrise europäischer Staaten setzte den Euro weiterhin massiv unter Druck.

Aus Angst vor einer sich zuspitzenden Schuldenkrise und einer galoppierenden Inflation griffen Anleger wieder verstärkt zu Gold. Nach einem Jahreshoch der Feinunze bei fast 1.900 Dollar lag der Kurs auf Jahresfrist bei 1.569 Dollar. Auch Rohstoffe erlebten einen weiteren Kursanstieg.

Die Europäische Zentralbank hat ihren Expansionsgrad gegen Jahresende 2011 noch einmal deutlich gesteigert. Es blieb bei der Vollzuteilung bei den Tendergeschäften. Außerdem wurde im Dezember die Mindestreservepflicht halbiert. Weiterhin wurden die Ankäufe von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank massiv ausgeweitet. Einerseits bedroht die Maßnahme die Unabhängigkeit der Notenbank und ist nicht vereinbar mit dem Gedanken der Trennung von Geld- und Finanzpolitik. Andererseits ist sie in der verschärften Staatsschuldenkrise das einzige kurzfristig funktionierende Instrument, um ein Überschießen der Risikoprämien zu verhindern, Staatsbankrotte zu vermeiden und das Vertrauen in die solventen Euro-Staaten aufrechtzuerhalten. Die Zinsen blieben im Berichtsjahr 2011 auf niedrigem Niveau. Die im April und Juli als erster vorsichtiger Ausstieg aus der geldpolitischen Sondersituation vorgenommenen Leitzinsanhebungen (Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte) durch die Europäische Zentralbank wurden im November und Dezember wieder zurückgenommen und lagen zum Jahresende bei 1 %. Die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank wirkte sich auf die kurzfristigen Zinssätze aus, die sich seitwärts entwickelten. Die Renditen zehnjähriger Bundesanleihen markierten im Jahr 2011 aufgrund der hohen Nachfrage Tiefstände und lagen zum Jahresende bei ca. 2%. Demgegenüber stieg die Verzinsung anderer europäischer Staatsanleihen deutlich an.

1.3 Berichterstattung über die Branchensituation

Nachdem das Jahr 2010 im Zeichen einer Stabilisierung der Ertragslage der deutschen Bankenlandschaft stand, verlief die Tendenz im Berichtsjahr seitwärts. Insbesondere mit der Ausweitung der europäischen Schuldenkrise entstanden erhebliche Belastungsfaktoren für das operative Ergebnis. Zudem stellten die Entwicklungen die Risikotragfähigkeit der Institute erneut auf die Probe.

Der fortgesetzte moderate Anstieg der Zinsüberschüsse sowie niedrigere Risikovorsorge im inländischen Kreditgeschäft vor dem Hintergrund einer intakten Konjunktur und eines hohen Beschäftigungsgrades dürfte sich stabilisierend auf die Ertragssituation deutscher Banken ausgewirkt haben. Demgegenüber schlugen die erneuten Verwerfungen an den Finanzmärkten zu Buche. Dabei dürften vor allem hohe Abschreibungen auf südeuropäische Staatspapiere belastend wirken.

Der Beschluss des Basel III-Regelwerks durch den Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht führt zukünftig insbesondere zu qualitativ und quantitativ höheren Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung von Kreditinstituten und verschärft die quantitativen Vorgaben in Bezug auf Liquiditätsstandards.

1.4 Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Kreissparkasse Nordhausen ist eine gemeinnützige, mündelsichere Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Nordhausen und wurde im Jahr 1841 gegründet. Träger der Sparkasse ist der Landkreis Nordhausen; auf diesen erstreckt sich das Geschäftsgebiet. Grundlage für die Geschäftstätigkeit ist - neben den einschlägigen rechtlichen Bestimmungen wie dem Kreditwesengesetz (KWG), dem Thüringer Sparkassengesetz (ThürSpkG) und der Thüringer Sparkassenverordnung (ThürSpkVO) - die Satzung der Kreissparkasse Nordhausen.

Der Landkreis Nordhausen haftet bis zum 18. Juli 2005 für die Erfüllung der zu diesem Zeitpunkt bestehenden Verbindlichkeiten der Kreissparkasse Nordhausen; für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt, für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Für alle nach dem 18. Juli 2005 entstandenen Verbindlichkeiten haftet die Kreissparkasse Nordhausen mit ihrem gesamten Vermögen.

Weiterhin ist die Sparkasse als Mitglied im Sparkassenstützungsfonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT) dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Dieses System ist als institutssichernde Einrichtung i. S. v. § 12 Abs. 1 des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes anerkannt. Es setzt sich aus den regionalen Sparkassenstützungsfonds, der Sicherungsreserve der Landesbanken sowie dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen zusammen. Das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe ist in einem Haftungsverbund zusammengeschlossen, so dass im Krisenfall das Gesamtvolumen aller Fonds für institutssichernde Maßnahmen zur Verfügung steht. Der Haftungsverbund schützt die angeschlossenen Institute und gewährleistet ihre Liquidität und Solvenz.

Zur Stärkung des Verbundes der Landesbank Hessen-Thüringen und der Sparkassen in der Sparkassenfinanzgruppe Hessen-Thüringen wurde das Verbundkonzept entwickelt und in Kraft gesetzt. Dies stellt in der Summe seiner Einzelbestandteile ein umfassendes Gesamtkonzept im Sinne eines Geschäftsmodells dar, das ausgehend von den Grundprinzipien des Sparkassenwesens auf die Stärkung der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der Unternehmen der Sparkassenfinanzgruppe Hessen-Thüringen, zunächst vorrangig der Sparkassen und der Landesbank, ausgerichtet ist. Das Verbundkonzept soll zur Stärkung der Ertragskraft, der Begrenzung von Risiko und Haftung sowie zur Wahrnehmung der Gruppe als wirtschaftliche Einheit beitragen. Durch den Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung gilt es insbesondere, die auf die Risikofrüherkennung und -prävention gerichtete Risikopolitik und die Sicherungseinrichtungen in Ergänzung der Entwicklung auf der Bundesebene an die neue Situation und die Risikotragfähigkeit der Gruppe in geeigneter Form anzupassen.

Die Kreissparkasse Nordhausen ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen in Frankfurt am Main/Erfurt.

1.5 Gesellschaftliches Engagement

Im Jahr 2011 hat die Sparkasse für die Förderung der Region in den Bereichen Kunst, Kultur, Umwelt, Sport, soziale Zwecke und Jugendarbeit insgesamt 487 TEUR zur Verfügung gestellt.

Die Stiftung der Kreissparkasse Nordhausen förderte im Jahr 2011 Projekte mit einem Volumen von rund 53 TEUR.

2 Geschäftsentwicklung der Kreissparkasse Nordhausen

2.1 Geschäftsentwicklung insgesamt

Geschäftsentwicklung	2011	2010	Veränderungen	
	in Mio EUR	in Mio EUR	in Mio EUR	in %
Geschäftsvolumen	959,9	940,6	19,3	2,1
Bilanzsumme	940,1	920,5	19,6	2,1
Forderungen an Kreditinstitute	57,4	39,3	18,1	46,1
Kundenkreditvolumen	493,7	467,4	26,3	5,6
Eigenanlagen	339,6	361,8	-22,2	-6,1
Beteiligungen	11,4	11,9	-0,5	-4,2
Anteile an verbundenen Unternehmen	5,8	5,8	0,0	0,0
Verbindlichkeiten geg. Kreditinstituten	71,0	76,0	-5,0	-6,6
Kundeneinlagen	774,8	769,4	5,4	0,7
Eigenkapital (Sicherheitsrücklage)	60,3	58,5	1,8	3,1
Depotvolumen*	109,4	97,6	11,8	12,1

* Deka- und S-Broker-Depots

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich im Jahresverlauf wiederholt positiv auf den Geschäftsverlauf im Kerngeschäft (Kundeneinlagen, Kundenkreditvolumen, Dienstleistungen) ausgewirkt. Die aus der Reduzierung kapitalmarktorientierter Anlagen frei gewordenen Mittel wurden als Interbankengelder angelegt und ermöglichten die Ausweitung des Kundenkreditvolumens. Die Entwicklung der Zinsstrukturkurve und des Einlagenzuwachses veranlassten uns zu einer weiteren Rückführung unserer Geldaufnahmen bei Kreditinstituten. Insbesondere durch die Ausweitung des Kundenkreditvolumens erhöhte sich im Berichtsjahr die Bilanzsumme um 19,6 Mio EUR oder 2,1 % auf 940,1 Mio EUR. Analog stieg das Geschäftsvolumen um 19,3 Mio EUR bzw. 2,1 % auf 959,9 Mio EUR.

2.2 Kreditgeschäft

Bei dem bilanziellen Kreditvolumen an Kunden (inklusive Eventualverbindlichkeiten) konnten die Bestandsrückgänge durch Neuausreichungen überkompensiert werden. Der Anstieg des Kundenkreditvolumens auf 493,7 Mio EUR fiel mit 26,3 Mio EUR bzw. 5,6 % erneut deutlicher als erwartet aus. Im Berichtsjahr 2011 wurden 38,7 Mio EUR an Krediten für Unternehmen und Selbständige neu zugesagt. Die Neukreditvergabe an diese Kundengruppe lag dabei um 20,1 % über dem Vorjahresniveau. Ursächlich war im Wesentlichen die in der ersten Jahreshälfte anziehende Nachfrage nach Investitionskrediten. Die Neuausreichungen konnten die Tilgungen und Rückführungen überkompensieren. Dies führte zu einem Anstieg des Bestands an Unternehmenskrediten von 20,7 Mio EUR bzw. 7,6 % auf 291,9 Mio EUR. Die Kredite gegenüber der öffentlichen Hand erhöhten sich um 1,9 Mio EUR bzw. 5,7 % auf 35,3 Mio EUR.

Ebenfalls über unseren Erwartungen entwickelten sich die Darlehenszusagen an Privatpersonen. Sie lagen mit 35,4 Mio EUR um 19,9 % über dem Vorjahreswert von 29,5 Mio EUR. Neben den Zusagen im privaten Wohnungsbaukreditgeschäft, die um 28,7 % auf 22,7 Mio EUR gesteigert werden konnten, stieg auch die Nachfrage nach Konsumentenkrediten um 6,9 % auf 12,7 Mio EUR. Trotz der anhaltend schwachen Wohnungsneubautätigkeiten im Landkreis Nordhausen, hoher Tilgungsleistungen und des anhaltenden Wettbewerbs erhöhte sich der Bestand an privaten Darlehen um insgesamt 1,2 Mio EUR bzw. 0,7 % auf 185,0 Mio EUR.

2.3 Eigenanlagen

Die Entwicklung an den Zins- und Aktienmärkten während des abgelaufenen Geschäftsjahres nahmen wir zum Anlass, den Bereich der Eigenanlagen abzubauen. Der Wertpapierbestand verringerte sich im Berichtsjahr um insgesamt 22,2 Mio EUR bzw. 6,1 % auf 339,6 Mio EUR. Im Wesentlichen wurde der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren zurückgeführt; dieser nahm im Vergleich zum Vorjahr um 34,1 Mio EUR auf 223,3 Mio EUR ab. Der Aktienbestand sowie die anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere erhöhten sich um insgesamt 12,0 Mio EUR auf 116,3 Mio EUR; ursächlich hierfür waren vor allem Investitionen in den Aktienbestand.

Die Eigenanlagen sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Die durchschnittliche Kapitalbindungsdauer (Duration) der Schuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere beträgt 1,8 Jahre nach 2 Jahren im Vorjahr.

Zwischen den Bilanzstichtagen erhöhten sich die Forderungen an Kreditinstitute um 18,1 Mio EUR auf 57,4 Mio EUR im Wesentlichen bedingt durch die Anlage von fälligen Schuldverschreibungen.

2.4 Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Der Bestand an Beteiligungen der Sparkasse verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,5 Mio EUR bzw. 4,2 % und beträgt 11,4 Mio EUR. Während die größte Vermögensposition, die Beteiligung am Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen, im Jahr 2011 um 0,7 Mio EUR auf 8,9 Mio EUR aufgestockt wurde, resultiert der Rückgang des Gesamtbestands aus einer außerplanmäßigen Abschreibung.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen veränderten sich nicht zum Vorjahr. Der Bestand beträgt weiterhin 5,8 Mio EUR.

2.5 Sachanlagen/Investitionen

Größere bauliche Investitionen erfolgten im Berichtsjahr nicht. Die Baumaßnahmen an den Objekten der Filialen Wipperdorf und Niedersachswerfen wurden abgeschlossen. Entsprechend unserer Planung führten wir Modernisierungs-, Renovierungs- und Arrondierungsmaßnahmen im Gebäudebestand sowie Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen in technischen Anlagen sowie der EDV durch. Der Bestand an Sachanlagen verminderte sich nach planmäßigen Abschreibungen von 1,8 Mio EUR um insgesamt 0,3 Mio EUR bzw. 1,2 % auf 24,1 Mio EUR.

2.6 Einlagengeschäft

Kundeneinlagen	2011	2010	Veränderungen	
	in Mio EUR	in Mio EUR	in Mio EUR	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	762,1	753,9	8,2	1,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	12,7	15,5	-2,8	-18,1
Gesamt	774,8	769,4	5,4	0,7

Die gesamten Kundeneinlagen entwickelte sich gemäß unseren Erwartungen moderat. Sie stiegen um 5,4 Mio EUR bzw. 0,7 % auf 774,8 Mio EUR. Maßgeblich dafür war der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 8,2 Mio EUR bzw. 1,1 % auf 762,1 Mio EUR. Im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements verminderte sich der Bestand der verbrieften Verbindlichkeiten um 2,8 Mio EUR bzw. 18,1 % auf 12,7 Mio EUR.

Vor dem Hintergrund der noch nachwirkenden Unsicherheiten aus der Finanzmarktkrise, der Zinsentwicklung und der Wettbewerberangebote bevorzugten unsere Kunden - wie im Vorjahr - Anlagen mit kurz- und mittelfristigem Charakter. Der Bestand an täglich fälligen Sichteinlagen erhöhte sich um 27,3 Mio EUR bzw. 6,9 % auf 422,6 Mio EUR. Stark rückläufig waren wiederholt Anlagen in Sparbriefen mit Laufzeiten im kurz- und mittelfristigen Bereich. Insgesamt reduzierte sich der Bestand an anderen Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist um 19,3 Mio EUR bzw. 34,4 % auf 36,8 Mio EUR. Demgegenüber stieg durch Umschichtungen der Bestand an normal- und höherverzinslichen Spareinlagen leicht um 0,2 Mio EUR bzw. 0,1 % auf 302,7 Mio EUR.

Vor dem Hintergrund des Einlagenzuwachses und der Zinsentwicklung haben wir die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 5,0 Mio EUR bzw. 6,6 % auf 71,0 Mio EUR reduziert.

2.7 Eigenkapital

Nach Feststellung des Jahresüberschusses 2010 und der Ausschüttung an den Träger der Sparkasse, den Landkreis Nordhausen, in Höhe von 297 TEUR konnte die Sicherheitsrücklage im Berichtsjahr 2011 um 1,8 Mio EUR bzw. 3,1 % auf 60,3 Mio EUR erhöht werden. Nach der Feststellung des Jahresabschlusses 2011 sollen nach dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands vom Jahresüberschuss in Höhe von 2,0 Mio EUR insgesamt 1,7 Mio EUR der Sicherheitsrücklage zugeführt und 357 TEUR an den Träger ausgeschüttet werden. Die Sicherheitsrücklage wird somit nach erfolgter Ausschüttung 62,0 Mio EUR betragen. Zur Abschirmung der mit Bankgeschäften einhergehenden Risiken und zur Stärkung des Kernkapitals im Sinne des KWG dotierte die Sparkasse im Jahr 2011 den Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 13,6 Mio EUR. Hiervon entfallen rund 10,2 Mio EUR auf die teilweise Auflösungen von Vorsorgereserven nach § 340f HGB, welche wir im Hinblick auf die anstehenden Verschärfungen der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen vorgenommen haben. Neben der Sicherheitsrücklage und dem Fonds für allgemeine Bankrisiken stehen der Sparkasse umfangreiche er-

gänzende Eigenkapitalbestandteile zur Verfügung. Das Ergänzungskapital setzt sich aus Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB sowie den nicht realisierten Reserven in Wertpapieren und Investmentanteilen zusammen.

Die Sparkasse verfügte am 31. Dezember 2011 über eine Gesamtkennziffer gemäß § 2 Abs. 6 SolvV von 19,5 % und eine Kernkapitalquote von 13,1 %. Ende 2010 betragen die Gesamtkennziffer nach § 2 Abs. 6 SolvV 18,4 % und die Kernkapitalquote 12,2 %.

2.8 Depotvolumen

Der Depotkontenbestand der von der Sparkasse betreuten bzw. geführten Depots verminderte sich geringfügig um 9 Stück auf 7.117 Stück; das Volumen im Wertpapierkommissionsgeschäft der bei der DekaBank Deutsche Girozentrale Frankfurt am Main und Luxemburg sowie der bei der S Broker AG & Co. KG bestehenden Depots betrug Ende 2011 insgesamt 109,4 Mio EUR und lag um 11,8 Mio EUR bzw. 12,1 % über dem Vorjahr. Die ansteigende Entwicklung ist maßgeblich auf die anziehende Nachfrage nach festverzinslichen Anleihen zurückzuführen.

Umsatzentwicklung Depotgeschäft*	2011	2010	Veränderungen	
	in Mio EUR	in Mio EUR	in Mio EUR	in %
Festverzinsliche Wertpapiere	43,9	12,9	31,0	240,3
Aktien und Optionsscheine	5,1	5,7	-0,6	-10,5
Investmentfonds	24,9	33,5	-8,6	-25,7
Gesamt	73,9	52,1	21,8	41,8

* bei der DekaBank Deutsche Girozentrale und S Broker AG & Co. KG geführte Depots

Der Wertpapierumsatz erhöhte sich gemäß unseren Erwartungen und stieg um 21,8 Mio EUR bzw. 41,8 % auf 73,9 Mio EUR.

2.9 Dienstleistungsgeschäft

Insgesamt betreut die Sparkasse rd. 124.200 Konten. Der anhaltende Einwohnerrückgang führte im vergangenen Jahr erneut zu einem leichten Rückgang der Privatgirokonten auf 44.644 Stück (Vorjahr: 44.664 Stück). Unseren Kunden steht mit 19 Standorten (inkl. Hauptstelle) im Landkreis Nordhausen ein flächendeckendes Netz an mitarbeiterbesetzten Filialen bzw. Selbstbedienungsfilialen, ein sparkassen-eigenes CallCenter mit einer werktäglichen Erreichbarkeit von 8 bis 18 Uhr sowie 24 Stunden am Tag die Internetfiliale www.kreissparkasse-nordhausen.de für die Erledigung ihrer Bankgeschäfte zur Verfügung. Im Landkreis Nordhausen hält die Sparkasse 36 Geldautomaten – davon 11 mit Ein- und Auszahl- und einer mit Kontoauszugsdruckfunktion - und 46 Multifunktionsterminals für Überweisungen und Kontoauszugsdrucke für ihre Kunden vor.

Das Verbundgeschäft entwickelte sich im vergangenen Geschäftsjahr differenziert. Einen wesentlichen Grund hierfür sehen wir in dem Sicherheitsbedürfnis unserer Kunden nach der Finanzmarktkrise und dem niedrigem Zinsniveau. Das Umsatzvolumen im Wertpapiergeschäft zog merklich an. Im Leasingbereich erreichten wir unsere Erwartungen; im Versicherungsgeschäft, welches die Sparkasse seit Oktober 2001 als Generalagentur der Sparkassenversicherung im Landkreis Nordhausen betreibt, konnten unsere Erwartungen erfüllt werden. Bei der Vermittlung von privaten Lebensversicherungen erreichte die Sparkasse das aufgestellte Geschäftsziel in 2011. Die Erwartungen im Sachversicherungsbereich konnten erneut übertroffen werden. Einen hohen Zuwachs verzeichneten die Vermittlungen für die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen. Bei der Vermittlung von Immobilien konnte das Ergebnis des Vorjahres bzw. der Planungswert des Berichtsjahres übertroffen werden.

Das Kreditkartengeschäft mit Mastercard- und Visa-Kreditkarten konnte weiter ausgebaut werden; insgesamt erhöhte sich der vermittelte Kartenbestand auf 5.665 Stück. Gegenüber dem Vorjahresende ergab sich ein Bestandsanstieg von 172 Karten.

2.10 Nicht finanzielle Leistungsindikatoren/Personal- und Sozialbereich

Die Sparkasse beschäftigte zum Bilanzstichtag 265 (Vorjahr: 266) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter 80 Teilzeitkräfte (Vorjahr: 81) und 19 Auszubildende (Vorjahr: 22). Umgerechnet auf Vollzeitkräfte entspricht dies einer Personalkapazität von 226 Beschäftigten (Vorjahr: 229). Altersteilzeitvereinbarungen bestehen bei 9 Beschäftigten (Vorjahr: 11); hiervon haben 4 (Vorjahr: 4) die Freistellungsphase angetreten. Die Personalstruktur ist mit 72,1 % (Vorjahr: 72,9 %) weiterhin von einem hohen Anteil weiblicher Bediensteter geprägt. Die Sparkassensonderzahlung (SSZ) wurde 2006 aufgrund des umgesetzten Tarifvertrages (TVöD) eingeführt und wird seitdem angewendet. Der variable Anteil fließt in einen individuell-leistungsbezogenen und einen unternehmens-erfolgsbezogenen Anteil ein. Daneben erfolgte im Jahr 2011 eine ergebnis- und leistungsbezogene Zahlung auf Basis des vorangegangenen Geschäftsjahres. Alle unsere Auszubildenden schlossen ihre Berufsausbildung erfolgreich ab und wurden übernommen. Angesichts des zu erwartenden Fachkräftemangels hielt die Sparkasse die Ausbildungsquote weiterhin hoch.

Der sich weiter verschärfende Wettbewerb, technische Neuerungen und sich ändernde rechtliche Rahmenbedingungen erforderten und erfordern weiterhin die gezielte, an den spezifischen Anforderungen des Arbeitsplatzes orientierte Aus- und Weiterbildung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Um flexiblere und damit auch ökonomischere Arbeitszeitregelungen zu verwirklichen, können unsere Beschäftigten die variable Arbeitszeit und unterschiedliche Teilzeitmodelle nutzen. Zur Sicherung des zukünftigen Bedarfs an qualifizierten Fach- und Führungskräften investiert die Sparkasse in ein Nachwuchsförderprogramm.

3 Ertragslage

Die Ertragslage der Sparkasse hat sich im Geschäftsjahr 2011, gemessen am Betriebsergebnis vor und nach Bewertung, insgesamt positiv entwickelt; der Jahresüberschuss nach Steuern stellt sich nahezu auf Vorjahresniveau dar.

Der Zinsüberschuss als wichtigste Ertragsquelle der Sparkasse erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 1,6 Mio EUR bzw. 6,8 %. Im Wesentlichen ist die Entwicklung neben dem Wegfall eines im Vorjahr belastend wirkenden Einmaleffekts auf die veränderte Einlagenstruktur, welche von Umschichtungen in den kurz- und mittelfristigen Laufzeitbereich geprägt war, zurückzuführen. In Verbindung mit den Änderungen des Zinsniveaus sank der Zinsaufwand im Jahr 2011 stärker als der Zinsertrag. Entgegen unseren Planungen wurde die Ausschüttungspolitik der Vorjahre bei den Eigenanlagen beibehalten. Der Provisionsüberschuss stieg gemäß unseren Erwartungen. Die Provisionserträge resultieren in erster Linie aus dem Zahlungsverkehr. Weitere bedeutende Ertragseinnahmen sind das Kredit-, Wertpapier- und Vermittlungsgeschäft im Sparkassenverbund.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen (Personal- und Sachaufwand) erhöhten sich um 0,6 Mio EUR bzw. 3,5 % auf 17,9 Mio EUR und lagen damit unter unseren Planungsannahmen. Im Wesentlichen ist der Anstieg auf die Erhöhung des Personalaufwands um 0,6 Mio EUR bzw. 5,3 % auf 11,9 Mio EUR zurückzuführen. Die darin enthaltenen Löhne und Gehälter stiegen gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Mio EUR bzw. 3,3 % auf 9,5 Mio EUR; die sozialen Abgaben und Aufwendungen für

Altersvorsorge und Unterstützung erhöhten sich um 0,3 Mio EUR bzw. 14,3 % auf 2,4 Mio EUR. Die Sachaufwendungen lagen mit 6 Mio Euro auf dem Vorjahresniveau.

Der Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen weist einen positiven Betrag von 0,3 Mio EUR nach einem ausgeglichenem Ergebnis im Vorjahr aus. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten unter anderem Aufwendungen für die Bildung von Rückstellungen für potenzielle Schadenersatzansprüche und das Spendenaufkommen der Sparkasse.

Entwicklung der Ertragslage	2011		2010		Veränderungen	
	in Mio EUR	in % der DBS	in Mio EUR	in % der DBS	in Mio EUR	in %
Zinsüberschuss	25,1	2,6	23,5	2,4	1,6	6,8
Provisionsüberschuss	7,0	0,7	6,7	0,7	0,3	4,5
Nettoergebnis des Handelsbestands	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-
Personalaufwand	11,9	1,2	11,3	1,2	0,6	5,3
Sachaufwand	6,0	0,6	6,0	0,6	0,0	0,0
Saldo sonstige betriebliche Erträge / Aufwendungen	0,3	0,0	0,0	0,0	0,3	-
AfA auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	1,8	0,2	1,7	0,2	0,1	5,9
Betriebsergebnis vor Bewertung	12,7	1,3	11,2	1,2	1,5	13,4
Bewertung / Risikovorsorge	6,1	0,6	6,6	0,7	-0,5	-7,6
Betriebsergebnis nach Bewertung	6,6	0,7	4,6	0,5	2,0	43,5
Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	-0,1	0,0	0,1	100,0
Ertragssteuern	4,6	0,5	2,4	0,2	2,2	91,7
Jahresüberschuss nach Steuern	2,0	0,2	2,1	0,2	-0,1	-4,8
Durchschnittliche Bilanzsumme (DBS)	960,3		963,3			

Der Gesamtaufwand (GuV-Positionen 10 bis 12) erhöhte sich um 0,5 Mio EUR bzw. 2,4 % auf 21,5 Mio EUR. Die Erträge (GuV-Positionen 1 bis 9) erhöhten sich um 2,1 Mio EUR bzw. 6,5 % auf 34,3 Mio EUR. Das Verhältnis der Aufwendungen zu den Erträgen (Cost-Income-Ratio) reduzierte sich auf von 65,2 im Vorjahr auf 62,7.

Entwicklung Aufwands-/Ertragsrelation	2011	2010	Veränderungen	
	in Mio EUR	in Mio EUR	in Mio EUR	in %
Gesamtaufwand (GuV-Pos. 10 bis 12)	21,5	21,0	0,5	2,4
Gesamtertrag (GuV-Pos. 1 bis 9)	34,3	32,2	2,1	6,5
Cost-Income-Ratio	62,7	65,2		

Die Eigenkapitalrentabilität (Betriebsergebnis nach Bewertung gemäß Betriebsvergleich der Sparkassen vor § 340f HGB Zuführung bzw. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB im Verhältnis zur Sicherheitsrücklage, dem Bestand an § 340f HGB Vorsorgereserven sowie dem Fonds für allgemeine Bankrisiken) zeigt folgende Entwicklung auf:

Entwicklung Eigenkapitalrendite	2011	2010	2009
	11,4 %	12,8 %	12,4 %

Bedingt durch die Auflösung von Vorsorgereserven nach § 340f HGB in Höhe von 10,2 Mio EUR, welche wir im Hinblick auf die anstehende Verschärfung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalvorschriften gleichzeitig dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB zuführten, wurden im Jahr 2011 Erträge aus der Zuschreibung zu Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft in Höhe von 9 Mio EUR ausgewiesen. Im Vorjahr waren unter Berücksichtigung der Dotierung der Vorsorgereserven nach § 340f HGB und nach der Verrechnung mit den Erträgen noch Aufwendungen aus der Abschreibung und Wertberichtigung auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie der Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft in Höhe von 2,6 Mio EUR zu verzeichnen. Die Abschreibungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere erhöhten sich entgegen unseren Erwartungen gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Mio EUR auf 1,5 Mio EUR. Hierin enthalten ist die Wertberichtigung an einer Beteiligung in Höhe von 1,1 Mio EUR, welche die durch die Sparkassenorganisation erworbenen Anteile an der Landesbank Berlin Holding AG hält. Der Großteil des Bewertungsbedarfs im Berichtsjahr resultiert aus dem Wertpapiergeschäft (Wertpapiere der Liquiditätsreserve sowie des Anlagevermögens), der Aufwand wurde in dieser Höhe nicht erwartet. Auf den zum Niederstwertprinzip bewerteten Wertpapierbestand der Sparkasse erfolgten im abgelaufenen Geschäftsjahr handelsrechtliche Ab- und Zuschreibungen. Entgegen unseren Erwartungen konnten Risikovorsorgen im Kreditgeschäft aufgelöst werden.

Zusammen mit der Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB reduzierten sich die gesamten Risikovorsorgeaufwendungen um 0,5 Mio EUR auf 6,1 Mio EUR. Die über verschiedene Kundensegmente und Branchen gestreuten Risiken wurden angemessen abgeschirmt.

Die oben dargestellten Ergebniseffekte waren im Wesentlichen für den im Berichtsjahr ausgewiesenen Anstieg des Betriebsergebnisses vor Bewertung um insgesamt 1,5 Mio EUR auf 12,7 Mio EUR ursächlich. Das Betriebsergebnis nach Bewertung in Höhe von 6,6 Mio EUR liegt mit 2,0 Mio EUR bzw. 43,5 % über dem des Vorjahres. Nach Abzug des Steueraufwands von 4,6 Mio EUR weist die Sparkasse einen leicht unter dem Vorjahr (2.081 TEUR) liegenden Jahresüberschuss von 2.042 TEUR aus. Dies ermöglicht für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Ausschüttung an den Träger der Sparkasse, den Landkreis Nordhausen, die nach Feststellung des Jahresabschlusses 357 TEUR, davon 57 TEUR für Kapitalertragssteuer und Solidaritätszuschlag (Vorjahr: Ausschüttung 297 TEUR inklusive 47 TEUR für Kapitalertragssteuer und Solidaritätszuschlag), betragen soll. Der verbleibende Betrag von 1.685 TEUR wird erneut der Sicherheitsrücklage zugeführt, die sich somit auf 62,0 Mio EUR erhöht. Vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie der branchenspezifischen Gegebenheiten ist der Vorstand der Sparkasse mit dem erreichten Ergebnis zufrieden. Es ist Ausdruck einer stetigen sowie vorausschauenden Geschäftspolitik.

4 Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Kreissparkasse Nordhausen war im Geschäftsjahr 2011 wie in den Vorjahren aufgrund einer planvollen und vorausschauenden Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätsverordnung nach § 11 KWG (LiqV) und die Mindestreservevorschriften dienen der Beschränkung des Abruftrisikos. Der Mindestwert für die Liquiditätskennzahl gem. LiqV beträgt 1. Die Sparkasse hat im Be-

richtsjahr diese Kennzahl stets erfüllt. Die zu den Stichtagen (Monatsultimo) ermittelte Liquiditätskennzahl lag im Jahr 2011 zwischen 5,0 und 5,3. Nach unserer Finanzplanung ist die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse auch für die absehbare Zukunft weiterhin jederzeit gesichert.

5 Vermögenslage

Nach der Feststellung des Jahresabschlusses 2011 und der Berücksichtigung der geplanten Ausschüttung an den Träger von 356,4 TEUR wird die Sicherheitsrücklage der Sparkasse voraussichtlich 62,0 Mio EUR betragen. Neben der Sicherheitsrücklage und dem Fonds für allgemeine Bankrisiken, welche die wesentlichen Bestandteile des Kernkapitals bilden, verfügt die Sparkasse über weitere Eigenkapitalbestandteile als Basis für eine zukünftige Ausweitung des risikotragenden Geschäftes. Das anrechenbare Ergänzungskapital setzt sich aus den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB sowie den Neubewertungsreserven in den Eigenanlagen zusammen. Das Verhältnis des haftenden Eigenkapitals gemäß § 10 KWG lag - bezogen auf die Summe der Eigenkapitalanforderungen nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV - Verordnung über die angemessene Eigenmittelausstattung von Instituten, Institutsgruppen und Finanzholding-Gruppen) per 31. Dezember 2011 - mit 19,5 % deutlich über dem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestwert von 8 %.

Innerhalb der Bilanzstruktur ergaben sich zum Bilanzstichtag 2011 leichte Modifizierungen. Auf der Aktivseite der Bilanz stellen die Forderungen an Kunden mit einer Erhöhung auf 473,9 Mio EUR bzw. 50,4 % (Vorjahr: 447,3 Mio EUR bzw. 48,6 %) und die Eigenanlagen mit 339,6 Mio EUR bzw. 36,1 % (Vorjahr: 361,7 Mio EUR bzw. 39,3 %) die bedeutendsten Positionen dar. Auf der Passivseite beträgt der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden 762,1 Mio EUR bzw. 81,1 % (Vorjahr: 753,9 Mio EUR bzw. 81,9 %), der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verminderte sich auf 71 Mio EUR bzw. 7,6 % (Vorjahr: 76 Mio EUR bzw. 8,3 %). Die verbrieften Verbindlichkeiten verminderten sich auf 12,7 Mio EUR bzw. 1,4 % (Vorjahr: 15,5 Mio EUR bzw. 1,7 %). Nachrangige Verbindlichkeiten bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

B Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Kreissparkasse Nordhausen ergaben sich nach dem Schluss des Geschäftsjahres bis zur Erstellung dieses Lageberichtes nicht.

C Risikobericht

1 Prinzipien im Umgang mit Risiken

Die kontrollierte Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken sind Kernfunktionen der Sparkasse. In diesem Kontext hat das Risikomanagement und -controllingsystem zur Erwirtschaftung einer angemessenen Eigenkapitalrendite das vorrangige Ziel, Risiken des Sparkassenbetriebes qualifiziert und zeitnah zu identifizieren, permanent transparent und dadurch steuerbar zu machen. Die Steuerung der Risiken und des Kapitals erfolgt mithilfe einer Risikostrategie und eines daraus abgeleiteten Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen. In einem Risikohandbuch sind die Rahmengrundsätze zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Geschäftsrisiken dargelegt.

Um Interessenkonflikte zu vermeiden und Entscheidungen möglichst objektiv treffen zu können, besteht eine funktionale und organisatorische Trennung von Marktfunktionen sowie risikosteuernden und überwachenden Funktionen, die den Vorstand mit einschließt und den aufsichtsrechtlichen Anforderungen entspricht.

Unter dem Begriff „Risiko“ versteht die Sparkasse eine Verlust- oder Schadensgefahr, die dadurch entsteht, dass eine erwartete zukünftige Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant oder sogar existenzbedrohend wird bzw. eine wirkungsgleiche unerwartete Entwicklung eintritt.

2 Risikomanagement und -controlling auf Gesamtbankebene

Der Risikomanagementprozess beinhaltet alle Aktivitäten der Sparkasse zum systematischen Umgang mit Risiken. Dazu zählen die Risikoerkennung, die Risikobewertung, die Risikomessung, das Risikoreporting, die Steuerung der Risiken als Konsequenz von Bewertung, Messung und Reporting sowie die Risikokontrolle.

Das Risikomanagementsystem umfasst alle Geschäftsbereiche und gewährleistet eine integrierte Risikoüberwachung. Dadurch wird es der Sparkasse ermöglicht, kurzfristig auf Veränderungen der marktmäßigen und organisatorischen Gegebenheiten zu reagieren. Die Verantwortung für die ordnungsgemäße Einrichtung, Organisation und Wirksamkeit des Risikomanagementsystems trägt der Gesamtvorstand. Er ist zugleich zuständig für die Formulierung der strategischen Ausrichtung der Sparkasse unter Risiko- und Ertragsgesichtspunkten. Innerhalb der Risikomanagement-Organisation verabschiedet der Vorstand neben der geschäftspolitischen Zielsetzung die Höhe des maximalen Gesamtrisikos, die Aufteilung der Risiken nach Marktpreisrisiken, Adressenausfall- und operationellen Risiken. Innerhalb der Marktpreisrisiken erfolgt die weitere Verteilung auf Eigenanlagen- und Zinsspannenrisiken und innerhalb der Adressenausfallrisiken auf Eigen-, Kundengeschäfts- und Beteiligungsrisiken.

Die Risikoerkennung dient der Identifikation und Beschreibung der bestehenden Risiken.

Die Risikobewertung hat das Ziel, eine erste Einschätzung der Risikorelevanz vorzunehmen, indem aus den Faktoren Eintrittswahrscheinlichkeit, Risikobedeutung und Beherrschbarkeit eine Risikokennzahl ermittelt und mindestens jährlich überprüft wird. Die aus der Risikokennzahl abgeleitete Risikoklasse gibt Anhaltspunkte für den Handlungsbedarf inklusive der Steuerungsnotwendigkeit nach Bedeutung und Eintrittshäufigkeit.

Bei der Risikomessung werden die konkreten Verlust- bzw. Vermögensminderungspotenziale ermittelt und mit den festgelegten Schwellenwerten bzw. Limiten abgeglichen. Die Ergebnisse sind in regelmäßig erstellten Reports dokumentiert. Einzelrisiken von erhöhter Bedeutung werden, insbesondere auch bei Überschreitung der festgelegten Schwellenwerte bzw. Limite, dem Gesamtvorstand ad hoc zur Kenntnis gegeben.

Unter Risikosteuerung verstehen wir das Simulieren und die Durchführung von Maßnahmen, die zur Risikobegrenzung oder -ausweitung beitragen.

Das Risikocontrolling quantifiziert und überwacht die Risiken. Als wesentliche Aufgabe darin sehen wir auch die Entwicklung eines einheitlichen und geschlossenen Risikosystems. Zu den Funktionen des Risikocontrollings gehören neben der Überwachung der vom Vorstand genehmigten Limite das Reporting der Risikokennziffern an den Vorstand und die zuständigen Geschäftsbereiche sowie die laufende Weiterentwicklung der entsprechenden Methoden und Prozesse nach betriebswirtschaftlichen und aufsichtsrechtlichen Kriterien. Für die konzeptionelle Weiterentwicklung der Risikosysteme nutzt die Sparkasse die Synergieeffekte des Sparkassenverbundes. Die Funktionstrennung zwischen Steuerung und Überwachung ist bis zur Vorstandsebene und auch für den Vertretungsfall gewährleistet.

Die einzelnen Risikoarten sind in einem institutsübergreifenden Unternehmenssicherungskonzept (USI) bzw. in das Risikohandbuch integriert. Je nach Geschäftsfeld und Risikoart kommen verschiedene Methoden zum Einsatz. Die einzelnen Risikofaktoren werden dabei im Hinblick auf ihre möglichen Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung beurteilt. Bei einzelnen Risikoarten erfolgt eine Betrachtung mittels „Value-at-Risk“-Ansatz. Damit wird ein Betrag für mögliche barwertige Verluste angegeben, der innerhalb eines bestimmten Zeithorizontes mit der festgelegten Sicherheitswahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Die Betrachtung der Risiken erfolgt über ein Stresstestprogramm.

3 Risikotragfähigkeit und Integration in die Gesamtrisikosteuerung

Das Risikotragfähigkeitssystem ist wesentlicher Bestandteil der Gesamtrisikosteuerung der Sparkasse; auf dieser Basis hat die Sparkasse die strategische Ausrichtung der Geschäftstätigkeit in der Geschäftsstrategie inklusive der Handels-, Vertriebs- und Kostenstrategie festgelegt und daraus eine Risikostrategie sowie eine Strategie zur IT-Sicherheit abgeleitet. Die Risikostrategie enthält Aussagen zur allgemeinen Risikostrategie, zu Marktpreis-, Adressenausfall- und Liquiditätsrisiken sowie zu operationellen Risiken. Die Risikostrategie wird ergänzt um die Teilrisikostrategie Kreditrisikostrategie.

In regelmäßigen Abständen wird das Risikodeckungspotenzial der Sparkasse ermittelt bzw. überprüft, das zur Abdeckung von möglichen Verlusten herangezogen werden kann. Es gibt Aufschluss darüber, in welcher Höhe maximal Risiken im Rahmen unserer Geschäftspolitik eingegangen werden können. Durch Vergleich der eingegangenen Risiken mit dem festgelegten Risikodeckungspotenzial wird die übergreifende Risikotragfähigkeit der Sparkasse sichergestellt. Die Risikotragfähigkeitsanalyse steht im Einklang mit einer überlegten Geschäftspolitik und dient dem Schutz unserer Gläubiger und der Stärkung des Eigenkapitals.

Im Rahmen der integrierten Gesamtrisikosteuerung ist gewährleistet, dass die vorhandenen Deckungsmassen unter Berücksichtigung von Wechselwirkungen nicht überschritten werden. Die Quantifizierung des Risikodeckungspotenzials erfolgt periodenorientiert. Grundsätzlich besteht das gesamte periodenorientierte Risikodeckungspotenzial aus dem zum Jahresende geplanten bzw. erwarteten Betriebsergebnis vor Bewertung - ergänzt um positive oder negative erwartete Ergebnisbeiträge - und aus nicht benötigten Rücklagen. Zum Nachweis der Tragfähigkeit auch künftiger Risiken wird nicht das gesamte Risikodeckungspotenzial angesetzt. Die Risikotragfähigkeit in der periodischen Sichtweise wird auf Basis von Szenarien ermittelt und vierteljährlich überprüft. Aus der szenariobasierten Risikobetrachtung heraus (Stresstestprogramm) ergibt sich die Vierstufigkeit „Erwartungswert“, „Risikofall“ und „außergewöhnliche, aber plausibel mögliche Ereignisse (aE-Stresstest)“ mit dem Pflichtszenario „Schwerer konjunktureller Abschwung“ sowie den „Inversen Stresstest“.

Als Komponenten des Risikodeckungspotenzials im Risikofall stehen der Sparkasse das geplante Betriebsergebnis vor Bewertung des aktuellen Jahres - ohne Berücksichtigung der Nettoergebnisse aus Finanzgeschäften - und realisierte Gewinne sowie ggf. weitere freie Reserven zur Verfügung. Abgezogen hiervon werden das erwartete, adressenbasierte Bewertungsergebnis aus dem Kundengeschäft, aus dem Eigengeschäft und aus Beteiligungen sowie die erwarteten operationellen Risiken, ein Mindestbetriebsergebnis und sonstige Ergebnisbelastungen wie z. B. ein negatives neutrales Ergebnis. Von diesem verwendbaren Risikodeckungspotenzial werden Risikopuffer für nicht einbezogene Risiken und zur Vermeidung von laufenden Anpassungen der Verlustobergrenzen abgezogen. Die dem Risikodeckungspotenzial entgegengesetzten Risikowerte ergeben sich grundsätzlich aus der Abweichung des Szenarioergebnisses von den Erwartungswerten.

Die Aggregation der Einzelrisiken zum Gesamtrisiko erfolgt additiv. Korrelationen über die einzelnen Risikoarten hinweg bleiben somit unberücksichtigt. Üblicherweise reduziert der Diversifikationseffekt zwischen den Risikoarten das Gesamtrisiko.

Die Ermittlung des Risikodeckungspotenzials sowie die Risikotragfähigkeitsanalyse werden regelmäßig durchgeführt und dem Vorstand und dem Verwaltungsrat berichtet.

Die auf Basis der internen Risikotragfähigkeitskonzeption festgelegten Risikodeckungspotenziale als Grundlage des Limitsystems waren jederzeit ausreichend, um die eingegangenen Risiken vollständig abzudecken. Aus den aus der Strategie und der Unternehmensplanung abgeleiteten zukünftigen Aktivitäten schätzen wir ein, dass dies auch in Zukunft der Fall sein wird.

Eine wertorientierte Gesamtrisikobetrachtung befindet sich weiterhin teilweise in der Testphase.

4 Interne Revision

Die Interne Revision hat als prozessunabhängige Stelle die Aufgabe, den Vorstand und die weiteren Führungsebenen in ihrer Überwachungsfunktion zu unterstützen. Grundlage dafür ist der unter risikoorientierten Gesichtspunkten aufgestellte und vom Vorstand genehmigte Prüfungsplan. Auf dieser Basis prüft und bewertet die Interne Revision alle Aktivitäten und Prozesse.

5 Risikokategorien

Die Sparkasse unterscheidet folgende wesentlichen Risikokategorien: Marktpreis-, Adressen-, Liquiditäts- und operationelle Risiken.

5.1 Marktpreisrisiken

Unter dem Marktpreisrisiko versteht die Sparkasse das Risiko eines wirtschaftlichen Verlustes aus Positionen im eigenen Bestand aus zukünftigen Marktpreisschwankungen. Sie beinhalten neben den Zinsänderungsrisiken die Währungs-, die Aktienkurs-, die Immobilien- und die Optionsrisiken sowie die Risiken aus Spezial-, Publikums- und offenen Immobilienfonds und die Risiken aus den Optionen im Kundengeschäft.

Die Risikosteuerung - und damit einhergehende Dispositionsmaßnahmen im Rahmen der vom Vorstand festgelegten Limite - erfolgt durch den Bereich Handel. Die Risikoüberwachung erfolgt durch die „Betriebswirtschaftliche Abteilung“ mit der Gruppe Rechnungswesen und Bereich Controlling, welche die methodische Entwicklung, Qualitätssicherung und Überwachung der Verfahren zur Quantifizierung der Marktpreisrisiken verantwortet. Zur Messung und Überwachung werden alle zum Bewertungstag bestehenden risikorelevanten Einzelpositionen der Sparkasse herangezogen. Die Höhe der maximal zulässigen Wertänderungen ist im Rahmen eines Limitsystems begrenzt.

Die Sparkasse bewertet das Marktpreisrisiko sowohl mittels GuV-orientierten als auch wertorientierten Verfahren. Das bedeutendste Marktpreisrisiko liegt im Zinsänderungsrisiko, welches sich in der GuV-orientierten Betrachtung aus Zinsspannenrisiko und dem zinsinduzierten Abschreibungsrisiko zusammensetzt.

Das Zinsspannenrisiko wird als negative Abweichung des Zinsüberschusses (Zinsergebnisses) von einem erwarteten Wert verstanden. Dieses Risiko resultiert insbesondere aus unterschiedlichen Volumina und unterschiedlichen Fälligkeiten der festverzinslichen bzw. unterschiedlichen Zinsanpassungen der variabel verzinslichen Aktiv- und Passivpositionen. Steigende Zinsen führen im Rahmen der Fristentransformation bei einem Aktivüberhang zu höheren Refinanzierungskosten und damit zur Verminderung der Zinsspanne. Sinkende Zinsen führen bei einem Passivüberhang zu geringeren Erträgen und somit zur Verminderung der Zinsspanne.

Die Bestimmung des Zinsspannenrisikos erfolgt in zwei Schritten: Der Ermittlung der Zinsstruktur für den Risikofall und der Ermittlung der Geschäftsstruktur für den Risikofall.

Ausgangswert zur Bestimmung der Zinsspannenrisiken ist die geplante bzw. erwartete Zinsspanne. Ausgehend von der geplanten Geschäftsstruktur der Sparkasse werden die Auswirkungen auf die Zinsspanne simuliert, die durch die Veränderung der Zinsstruktur eintreten können. Aus der Gesamtheit der betrachteten Zinsszenarien wird jene Zinsstruktur ermittelt, die den größten Risikowert aus der gemeinsamen Betrachtung von Zinsspannenrisiko und Abschreibungsrisiko der Zinsprodukte ergibt. Nunmehr wird geprüft, ob anhand dieser ermittelten Zinsstruktur die Annahmen der Geschäftsstrukturplanung aufrechterhalten werden können. Eine abweichende Sichtweise ergibt die risikorelevante Geschäftsstruktur.

Das GuV-orientierte Abschreibungsrisiko gibt die Verluste an, die durch Marktpreisschwankungen von Wertpapieren entstehen können und ist für das gesamte Eigenhandelsgeschäft dargestellt. Das Risiko bezeichnet die Gefahr eines Verlustes einer Position, die ausschließlich auf eine Veränderung der Marktpreise zurückzuführen ist und setzt sich somit aus zins- und kursindizierten Abschreibungsrisiken zusammen. Neben der Limitierung der Risikopositionen sind zur effektiven Verlustbegrenzung Warnlimite auf Portfolioebene eingerichtet. Um auch Risiken extremer Marktentwicklungen abschätzen zu können, werden neben Erwartungswert und Risikofall regelmäßig aE- und inverse Stresstests zur Analyse der Zinsrisikopositionen durchgeführt. Die Globallimite im Anlage- und Liquiditätsbestand wurden im Berichtsjahr nicht überschritten; lediglich beim Teilportfoliolimit für Marktpreisrisiken im Eigengeschäft mit Aktien und Bezugsrechten der Liquiditätsreserve kam es an sechs Tagen begründet zu Überschreitungen.

Unsere Value-at-Risk-Verfahren sind darauf ausgerichtet, eine einheitliche zukunftsorientierte Analyse und Steuerung des Marktpreisrisikos zu unterstützen.

Die Risikomessung im Eigenhandelsbereich erfolgt für alle Positionen, die in den Value-at-Risk einfließen, anhand einer taggenauen historischen Vollsimulation. Auf dieser Basis wird der Abschreibungsbedarf der Einzelpositionen im Bereich des gesamten Eigenbestandes bei einer Haltedauer von 10 Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 % ermittelt. Zur Überprüfung der Güte der Value-at-Risk-Prognose führt die Sparkasse regelmäßig interne und externe Backtestings durch.

Zur Steuerung des Gesamtbank-Cashflows und somit zur Risikosteuerung des zinstragenden Geschäfts nutzt die Sparkasse Sicherungsgeschäfte in Form von Zinsswaps im Volumen von 104 Mio EUR. Eine Übersicht der derivativen Finanzinstrumente per Jahresende befindet sich im Anhang zum Jahresabschluss.

Zusätzlich zu den genannten Value-at-Risk-Ansätzen ermittelt die Sparkasse das Zinsänderungsrisiko des Gesamtzinsbuches bei unterstellter sofortiger Zinsänderung um +200 Basispunkte bzw. -200 Basispunkte. Per 31. Dezember 2011 ergab sich aus der wertorientierten Betrachtungsweise eine Veränderung des Zinsbuchbarwertes um -13,9 Mio EUR (-14,6 %) bzw. +17,4 Mio EUR (+15,1 %).

Das Risikoreporting des Zinsspannenrisikos erfolgt vierteljährlich im Rahmen des Gesamtrisikoberichtes an den Vorstand. Des Weiteren erfolgen Wochen- und Monatsreports, der monatliche wertorientierte Treasuryreport, der vierteljährliche Mindestreport inklusive des Optionsrisikenreports „Kundengeschäft“.

5.2 Adressenrisiken

Adressenausfallrisiken beinhalten die Gefahr eines teilweisen oder vollständigen Ausfalls vertraglich zugesagter Leistungen durch die Geschäftspartner. Zur Begrenzung dieser Risiken setzt die Sparkasse die Anforderungen an das Kreditgeschäft im Rahmen der geltenden Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) um.

Als ein Steuerungsinstrument wurde durch den Vorstand der Sparkasse eine Kreditrisikostategie verabschiedet, im Rahmen derer die Adressenausfallrisiken quantifiziert und überwacht werden. Daneben gelten risikoorientierte Kreditkonditionen und Kompetenzordnungen sowie verschiedene Limitierungen. Die wichtigsten Überwachungsinstrumente sind die Verfahren zur Früherkennung von Risiken und der Kreditrisikobericht. Die Risikosteuerung und Risikoüberwachung der Adressenrisiken erfolgt sowohl einzelgeschäftsbezogen als auch auf Portfolioebene. Hierzu hat die Sparkasse Kreditnehmer- bzw. Kreditnehmereinheitenlimite festgelegt und überwacht das Kreditportfolio nach Ratingklassen, Größenklassen und Branchenrisiken.

Ein wichtiges Element des Kreditgenehmigungsprozesses ist eine detaillierte Risikobeurteilung jedes Kreditengagements. Bei der Beurteilung des Risikos berücksichtigen wir die Bonität des Geschäftspartners sowie die für das Kreditengagement relevanten Risiken. Die daraus resultierende Risikoeinstufung wirkt sich nicht nur auf die Strukturierung der Transaktion und die Kreditentscheidung aus, sondern bestimmt auch die Kompetenzstufe für die Kreditentscheidung und legt den Überwachungsumfang für das jeweilige Engagement fest.

Als Ansatzmethode zur Ermittlung der regulatorischen Adressenausfallrisiken wird der Kreditrisikostandardsansatz (KSA) nach §§ 24 - 54 SolvV verwendet.

Der Kreditrisikobericht stellt das Kreditportfolio der Sparkasse gemäß der Definition des § 19 Abs. 1 KWG dar. Ziel des Risikoberichts ist die umfangreiche Darstellung des Kreditportfolios hinsichtlich der enthaltenen Adressenrisiken. Die Kriterien zur Darstellung des Portfolios entsprechen den Anforderungen an das Kreditgeschäft im Rahmen der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Der Bericht enthält eine umfangreiche Analyse der Limite und Auslastungen sowie eine Darstellung von Kunden- und Produktstrukturen sowie der Entwicklung des Neugeschäfts. Zur Früherkennung von Kreditrisiken wird ein System eingesetzt, das hinsichtlich definierter Frühwarnindikatoren auffällig gewordene Kreditnehmer identifiziert und die nachfolgende Bearbeitung mit der erforderlichen Betreuungsinintensität (Intensivbetreuung, Sanierung oder Abwicklung) unterstützt.

Der ursprüngliche Planwert für das Adressenausfallrisiko aus dem Kundengeschäft betrug 1,8 Mio EUR. Im unterjährigen Verlauf nahmen die zu erwartenden Risiken ab. Im Ergebnis wurde für das Geschäftsjahr 2011 ein positives Bewertungsergebnis Kreditgeschäft in Höhe von 1,9 Mio EUR festgestellt. Die Limite für das erwartete adressenbasierte Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft sowie für das Adressenausfallrisiko Kundengeschäft im Risikofall wurden im Jahresverlauf stets eingehalten. Sämtliche Brancheninanspruchnahmen lagen im Laufe des Geschäftsjahres innerhalb der definierten Branchenlimite.

Zur Steuerung der Risiken aus Größenklassenkonzentrationen setzt die Sparkasse auch derivative Finanzinstrumente in Form von Credit Default Swaps ein und tritt dabei als Sicherungsnehmer und als Sicherungsgeber auf.

Für Adressenausfallrisiken aus den Eigenanlagen haben wir in Abhängigkeit vom Rating volumensbezogene Einzellimite und interne Kontingente für Emittenten- und Kontrahentenrisiken bzw. Emittentengruppen festgelegt. Hierzu werden nur Geschäfte mit bonitätsmäßig guten Emittenten und Kontrahenten zugelassen. Zum Zeitpunkt der Geschäftsaufnahme ist mindestens ein Rating im Investment-Grade erforderlich. Diese Regelungen der Überprüfung des Adressenrisikos im Rahmen des Erstvotums basiert neben der Beurteilung der risikobehafteten Emittenten auf der Anwendung von Ratings anerkannter

Ratingagenturen. Der Beschluss zur Einräumung eines Emittentenlimits ist mit zwei Voten zu versehen und dem Vorstand zur Bewilligung vorzulegen. Im Rahmen der Risikofrüherkennung informiert der Bereich Abwicklung und Kontrolle den Bereich Handel und den Überwachungsvorstand über Ratingverschlechterungen. Für Zwecke der Gesamtbank-Verlustobergrenze ermitteln und limitieren wir die Emittenten- und Kontrahentenrisiken im Risikofall anhand ihrer rating-basierter Ausfallwahrscheinlichkeiten. Dabei werden die Adressenausfallrisiken im Eigen- und Kundengeschäft im Rahmen der DV-technischen Unterstützung zusammen betrachtet. Neben der wöchentlichen Berichterstattung an den Vorstand über die Einhaltung der Volumenslimite erfolgt ein umfassendes Reporting und eine weitreichende Simulation von Szenarien. Das Risikofalllimit für Adressenausfallrisiken aus Eigengeschäft wurde im Berichtsjahr an 21 Tagen überschritten.

5.3 Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die aktuelle oder zukünftige Gefahr, dass das Institut zahlungsunfähig (illiquide) wird, also seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Ziel des Liquiditätsmanagements ist die Verhinderung möglicher Liquiditätsengpässe; es erfolgt hauptsächlich über die quantitativen Anforderungen der Liquiditätsverordnung, die jeweils um weitere qualitative Anforderungen ergänzt werden. Die Sparkasse betrachtet die Liquiditätsrisiken nach § 11 KWG (LiqV). Im Rahmen des Liquiditätsmanagements wird eine tägliche Liquiditätsübersicht erstellt, auf deren Basis die Liquiditätsdisposition vorgenommen wird. Es ist Vorsorge getroffen, unplanmäßige Liquiditätsabflüsse zu decken. Eine Begrenzung von Liquiditätsrisiken (im Sinne von Preisrisiken) erfolgt im Rahmen der Überwachung der Handelsgeschäfte durch eine angemessene Quantifizierung der Marktpreisrisiken, bei der auch Störungen der Marktliquidität berücksichtigt werden, wie z. B. durch entsprechende Volatilitäten und die Berücksichtigung bei der Limitfestlegung. Daneben sind die Liquiditätsrisiken in das Stress-testprogramm der Sparkasse einbezogen. Die bankenaufsichtsrechtliche Liquiditätskennziffer nach LiqV lag zum Jahresende mit 5,0 um ein Vielfaches über dem Mindestwert von 1. Auch die darüber hinaus für weitere Beobachtungszeiträume zu berechnenden Kennzahlen, für die keine Mindestwerte vorgegeben sind, deuten nicht auf zu erwartende Liquiditätsengpässe hin. Die Reports erfolgen monatlich bzw. vierteljährlich.

5.4 Operationelle Risiken

Die operationellen Risiken sind definiert als die Gefahr von Verlusten infolge menschlichen Versagens, der Unzulänglichkeit von internen Prozessen und Systemen sowie externer Ereignisse. Für den adäquaten Umgang mit operationellen Risiken ist der Vorstand verantwortlich. Zu seinen Aufgaben zählen die Festlegung, regelmäßige Überprüfung und Sicherstellung der notwendigen Rahmenbedingungen zum Umgang mit operationellen Risiken. Die Sparkasse hat diverse Maßnahmen ergriffen, um einen fehlerfreien und reibungslosen Geschäftsablauf sicherzustellen.

Zur Ermittlung der bankaufsichtlichen Eigenkapitalunterlegung für operationelle Risiken wendet die Sparkasse den Basisindikatoransatz nach §§ 270 und 271 SolvV an. Als Methoden zur Quantifizierung der operationellen Risiken setzt die Sparkasse für die Ex-post-Betrachtung eine Schadensfalldatenbank sowie zur Ex-ante-Betrachtung eine Risikolandkarte ein. Das Reporting erfolgt vierteljährlich bzw. jährlich.

Die betrieblichen Abläufe sind in Anweisungen geregelt und werden durch die interne Revision überwacht. Für die wesentlichen Bereiche der Sparkasse, insbesondere für die Bereiche Eigenhandelsgeschäfte und Informationstechnologie, liegen Notfallpläne vor. Berechtigungs-, Kontroll- und Überwachungssysteme gewährleisten den Schutz vertraulicher Informationen vor nicht berechtigten Zugriffen und Änderungen. Das Firewall-System der Finanzinformatik schützt die Sparkasse vor unberechtigten externen Zugriffen.

6 Gesamtrisikosituation

Unser Haus verfügt gemäß § 25a KWG über ein dem Umfang der Geschäftstätigkeit angemessenes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der genannten Risiken. Durch das Risikomanagement und -controlling werden diese Risiken frühzeitig identifiziert, quantifiziert, analysiert und zeitnah überwacht. Die entsprechenden Informationen werden den zuständigen Entscheidungsträgern vollständig und rechtzeitig zur Verfügung gestellt. Die Risikotragfähigkeit entsprechend den Risikotragfähigkeitsanalysen ist in allen relevanten Szenarien gegeben. Die Auslastung des Risikodeckungspotenzials lag während des gesamten Geschäftsjahres innerhalb der auf Gesamtbankebene festgelegten Grenzen. Eine Gefährdung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse war nicht erkennbar. Bestandsgefährdende oder entwicklungsbeeinträchtigende Risiken mit einem wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind nicht erkennbar.

D Prognosebericht

Die Prognosen, die sich auf die Entwicklung der Sparkasse für die nächsten zwei Jahre beziehen, stellen unsere Einschätzung der künftigen Entwicklung aufgrund der uns zur Verfügung stehenden Informationen dar. Wesentliche Risiken der zukünftigen Entwicklung, die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse haben, sind derzeit nicht erkennbar. Dennoch unterliegen alle Prognosen einer Unsicherheit, die zu Abweichungen der tatsächlichen Ergebnisse von den geplanten Werten führen können. Die Sparkasse verfügt jedoch über Instrumente und Prozesse, um Abweichungen von den Erwartungen frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und ggf. steuernd einzugreifen.

1 Gesamtwirtschaftliche und regionale Entwicklung

Der zyklische Taktgeber für die Weltkonjunktur sind weiterhin die Schwellenländer. Das globale BIP-Wachstum dürfte in den nächsten beiden Jahren zwischen 3,3 % und 3,6 % betragen. Die Länder ohne größere Strukturprobleme schwanken dabei um ihren mittelfristigen Wachstumstrend. Wir erwarten, dass es Europa gelingt die Staatsschuldenkrise zu lösen. Allerdings lässt sich das verlorene Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der europäischen Staatengemeinschaft nur etappenweise zurückgewinnen. Erste Erfolge der europäischen Strukturreform werden sich im Jahresverlauf 2012 zeigen. Die anhaltenden Reformanstrengungen werden voraussichtlich von Rückschlägen begleitet, diese können aber mit Hilfe des letztendlich doch funktionsfähigen Rettungsschirms aufgefangen werden. Insgesamt erwarten wir ein europäisches BIP-Wachstum von 0,7 % im Jahr 2012 und 1,3 % im darauf folgenden Jahr. Deutschland bleibt führend im Euroraum, solange die USA und China ihr Trendwachstum halten. Die Kosten der Eurorettung werden hier erst mittelfristig belasten. Das deutsche Wachstum erwarten wir bei 1,2 % bzw. 1,7 % im Folgejahr. Negativ auswirken könnte sich eine konsequente Konsolidierung der öffentlichen Haushalte; positive Signale kommen von angekündigten notwendigen Entlastungen der Bürger und Unternehmen, insbesondere im Vorfeld des Wahljahres 2013. Nach wie vor bestehende Risiken für den Aufschwung kommen vor allem aus der europäischen und weltwirtschaftlichen Entwicklung.

Der Verbraucherpreisanstieg befindet sich weltweit auf hohem Niveau. Ursächlich für den globalen Preisauftrieb waren Energie, Lebensmittel und Bekleidung. Diese Belastungsfaktoren entfallen 2012. Der Ölpreis dürfte sich seitwärts bewegen. Im Euroraum werden die Löhne weiter zurückgehen, während sie in Deutschland eher zulegen. Die Inflation wird sich 2012 und im darauf folgenden Jahr im Euroraum und in Deutschland auf je knapp 2 % verlangsamen.

Die wirtschaftliche Erholung spiegelt sich zudem am Arbeitsmarkt wider. Wir erwarten weiter sinkende Arbeitslosenzahlen in allen Regionen Deutschlands in den nächsten beiden Jahren.

In Thüringen und im Geschäftsgebiet der Sparkasse erwarten wir ähnliche wirtschaftliche Entwicklungstendenzen wie im gesamtdeutschen Raum. Die in Thüringen gut gefüllten Auftragsbücher stellen eine solide Produktionsgrundlage dar. Der Sparkurs, der in vielen Ländern zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte führen soll, wird 2012 an Thüringen nicht vorbeiführen und die Nachfrage schwächen.

Im Zuge des Aufschwungs wird die Arbeitslosenquote in den neuen Bundesländern weiter leicht zurückgehen. Dies gilt für Thüringen und die Region Nordhausen in besonderem Maße. Bei den Unternehmen wird voraussichtlich in Ausrüstungen und Erweiterungen investiert. Weiterhin ist auch in den nächsten beiden Jahren davon auszugehen, dass sich der Einwohnerrückgang im Landkreis Nordhausen fortsetzen wird.

2 Entwicklung von Geld- und Kapitalmärkten

Aufgrund des abnehmenden Inflationsdrucks werden die Notenbanken ihre expansive Geldpolitik zur Unterstützung der Realwirtschaft fortsetzen und auch fiskalpolitisch auf Expansion setzen. Die EZB belässt den Leitzins vermutlich bei 1 %. Insofern dürfte auch das niedrige Geldmarktniveau anhalten. Die Risikoaufschläge bei europäischen Staatsanleihen sollten im Jahresverlauf zwar tendenziell sinken, bleiben aber von Rückschlägen begleitet. Deutsche Staatsanleiherenditen, als sicherer Hafen, sollten im 10-jährigen Bereich zwischen 1,6 % und 2,8 % schwanken. Insofern erwarten wir im kurzfristigen Bereich für das Jahr 2012 stagnierende Zinssätze und gehen im mittel- und langfristigen Bereich von steigenden Zinssätzen aus; insgesamt erwarten wir eine steilere Zinsstrukturkurve. Im Jahr 2013 dürfte sich die Zinsstrukturkurve durch den Anstieg der kurzfristigen Zinsen und gleichbleibende langfristige Zinssätze auf etwas höherem Niveau verflachen.

Die teilweise deutlichen Kursrückgänge des vergangenen Jahres an den Wertpapierbörsen eröffnen neue Chancen an den Aktienmärkten. 2012 sorgt die Schuldenkrise im Euroraum noch für Verunsicherung bei den Aktienanlegern im Euroraum. Die weiterhin expansive Geldpolitik der Notenbanken und renditesuchende längerfristig orientierte Investoren sollten die europäischen Aktienmärkte bei erhöhten Schwankungsanfälligkeiten vor allem im Jahr 2012 positiv beeinflussen. Mit Blick auf die fundamentalen Daten erwarten wir in den nächsten beiden Jahren aufgrund von Wachstumspotenzialen der im deutschen Aktienindex abgebildeten Gesellschaften weiterhin leicht positive Kursentwicklungen.

3 Entwicklung der Kreissparkasse Nordhausen

Im Hinblick auf die konjunkturellen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen sehen wir die Sparkasse auf der Basis unseres Geschäftsmodells und der strategischen Zielstellung gut aufgestellt. Für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 gehen wir aufgrund der Rahmenbedingungen und unter Berücksichtigung unserer strategischen Ausrichtung von einer Steigerung der Bilanzsumme aus.

Wir sehen eine weiterhin stabile Entwicklung des Kundengeschäftes, die von dem hohen Vertrauen der Menschen in die Sparkassen angesichts der Finanzmarktkrise und einer festen Verankerung im mittelständischen Firmenkundengeschäft profitiert.

Angesichts der gesamtwirtschaftlichen Prognosen erwarten wir eine anziehende Investitionsbereitschaft der Unternehmen, die vor allem durch die Nachfrage nach Kreditmitteln für Ausrüstungs- und Erweiterungsinvestitionen getragen wird. Wir gehen davon aus, dass die hohen Tilgungsleistungen kompensiert werden können und der Bestand an Firmenkrediten beibehalten werden kann. Bei den privaten Wohnungsbaufinanzierungen rechnen wir wiederholt, bei einer leichten Steigerung der Neubautätigkeiten, mit einem ansteigenden Kreditbestand. Chancen sehen wir durch frühzeitige und aktive Akquirierung von Fremdfinanzierungen mittels Forwardvereinbarungen sowie in verstärkten Aktivitäten in Bezug auf Investitions- und Modernisierungsmaßnahmen, hier speziell zu den Themen erneuerbare Energien und energetische Gebäudesanierung. Im Segment der Konsumentendarlehen erwarten wir

weiterhin leichte Zuwächse. Eine risikobewusste Kreditpolitik bildet dabei auch in den kommenden Jahren die Basis für die Verwendung unserer bilanziellen Mittel.

Die bilanzielle Ersparnisbildung der Kunden dürfte aufgrund der Wettbewerbssituation und des anhaltenden Zinsniveaus, mit der Folge verstärkter Nachfragen nach festverzinslichen Anleihen, unter Druck geraten. Im Jahr 2012 erwarten wir einen Rückgang der bilanziellen Einlagen und 2013 einen erneuten Anstieg; das Niveau des Berichtsjahres wird voraussichtlich aber nicht vollständig erreicht.

Der Zinsüberschuss als bedeutendste Ertragsquelle wird in 2012 aufgrund der geplanten Ausschüttungspolitik bei den Eigenanlagen stark rückläufig sein. Ab 2013 erwarten wir einen ansteigenden Zinsüberschuss aufgrund des erwarteten Zinsniveaus. Diese Entwicklung wird sich auch in unseren wesentlichen betriebswirtschaftlichen Kennziffern niederschlagen.

Vor dem Hintergrund der erwarteten Belebung der Kapital- und Aktienmärkte rechnen wir im Wertpapiergeschäft mit der DekaBank Deutsche Girozentrale und der S-Broker AG & Co. KG mit einem Anstieg der Umsätze und der Depotbestände. Gleichwohl bedeutet eine zurückkehrende Verunsicherung an den Börsen, dass sinkende Kurse im Kundengeschäft zu geringeren Transaktionsumsätzen und niedrigeren Depotvolumen führen können. Im Verbund- und Vermittlungsgeschäft wollen wir die Erträge in den nächsten Jahren deutlich ausbauen. Die betriebliche und private Altersvorsorge bildet weiterhin einen Schwerpunkt unserer Beratungstätigkeit in den nächsten Jahren. Ein wichtiges Ertragsfeld sind die Erträge aus dem Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsbereich; hier erwarten wir leicht rückläufige Ergebnisse aufgrund des Wettbewerbs, dem wir durch differenzierte Preisangebote entgegen treten.

Den tendenziell steigenden Personalaufwendungen aufgrund von Tarifabschlüssen wollen wir durch ein ausgewogenes und vorausschauendes Personalmanagement sowie durch maßvolle Effizienzhebungen gegenüberreten. Der Personalbestand wird in 2012 und 2013 voraussichtlich keinen großen Änderungen unterworfen sein. Bei den Sachaufwendungen erwarten wir rückläufige Aufwendungen in den nächsten beiden Jahren. Durch ein konsequentes Kostenmanagement und Effizienzsteigerungen in den Geschäftsprozessen sehen wir langfristig das Potenzial zu Kostensenkungen. Gleichwohl planen wir auch künftig Investitionen in technische Lösungen und in die verschiedenen Vertriebskanäle als Voraussetzung für den Ausbau unserer Marktanteile.

Auf Basis der genannten Entwicklungen erwarten wir, vor allem bedingt durch die Entwicklung des Zinsüberschusses, für 2012 ein stark rückläufiges Betriebsergebnis vor Bewertung, das im darauf folgenden Jahr wieder ansteigen sollte.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird neben der Konjunktorentwicklung auch durch die regionale Wirtschaftsentwicklung nachhaltig beeinflusst. Wir rechnen gegenwärtig im Hinblick auf die Bewertungssituation im Berichtsjahr mit einer Erhöhung der Risikovorsorgeaufwendungen im Kreditgeschäft. Bei den Bewertungsmaßnahmen insgesamt erwarten wir bedingt durch die Entwicklung an den Zinsmärkten leicht sinkende Abschreibungen auf den Wertpapierbestand in den nächsten beiden Jahren.

Für die Jahre 2012 und 2013 rechnen wir, unter Berücksichtigung entsprechender Zuführungen zu den versteuerten Vorsorgereserven, mit einem Jahresergebnis auf Vorjahresniveau. Das haftende Eigenkapital wird sich weiter positiv entwickeln. Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung wird sichergestellt, dass auch im Prognosezeitraum die Zahlungsbereitschaft jederzeit gewährleistet ist.

Unter den im Lagebericht dargestellten Einschätzungen für die nächsten beiden Jahre erwarten wir zufriedenstellende Geschäftsergebnisse, die durch Zuführung zu den Rücklagen die langfristige Unternehmenssicherung unterstützen.

Bericht des Verwaltungsrates

Der Vorstand informierte den Verwaltungsrat regelmäßig über die Gesamtlage und Entwicklung der Sparkasse im Jahre 2011. Der Verwaltungsrat hat die ihm nach dem Sparkassenrecht obliegenden Aufgaben wahrgenommen und die erforderlichen Beschlüsse gefasst.

Die Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen in Frankfurt / Main- Erfurt prüfte den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011 und erteilte uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Der Verwaltungsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Lagebericht gebilligt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 festgestellt und in Übereinstimmung mit dem Vorschlag des Vorstandes beschlossen, den Bilanzgewinn in Höhe von 1.685.367,44 EUR der Sicherheitsrücklage zuzuführen und 356.400,35 EUR an den Träger auszuschütten.

Nordhausen, im Juni 2012

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates

Joachim Claus
Landrat



Jahresabschluss

**zum 31. Dezember 2011
der Kreissparkasse Nordhausen**

Aktivseite

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2011

	EUR	EUR	EUR	31.12.2010 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		8.011.308,06		9.433
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		15.741.792,18		15.327
			23.753.100,24	24.760
2. Schultitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schultitel öffentlicher Stellen		-,-		-
b) Wechsel		-,-		-
			-,-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		14.918.492,92		14.077
b) andere Forderungen		42.505.368,51		25.255
			57.423.861,43	39.331
4. Forderungen an Kunden			473.909.432,33	447.332
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	219.407.614,69	EUR		(205.001)
Kommunalkredite	49.767.059,61	EUR		(52.426)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-	EUR		(-)
ab) von anderen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-	EUR	-,-	(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	93.123.886,64			94.267
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	93.123.886,64	EUR		(94.267)
bb) von anderen Emittenten	128.371.089,92			161.244
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	125.896.322,70	EUR		(158.739)
		221.494.976,56		255.511
c) eigene Schuldverschreibungen		1.771.152,37		1.923
Nennbetrag	1.760.000,00	EUR		(1.917)
			223.266.128,93	257.434
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			116.305.839,15	104.324
6.a Handelsbestand			0,00	-
7. Beteiligungen			11.445.410,81	11.945
darunter:				
an Kreditinstituten	80.683,00	EUR		(81)
an Finanzdienstleistungsinstituten	283.762,65	EUR		(284)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			5.825.564,59	5.826
darunter:				
an Kreditinstituten	-,-	EUR		(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-	EUR		(-)
9. Treuhandvermögen			-,-	-
darunter:				
Treuhandkredite	-,-	EUR		(-)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			-,-	-
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-,-		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		30.914,00		80
c) Geschäfts- oder Firmenwerte		-,-		-
d) geleistete Anzahlungen		-,-		-
			30.914,00	80
12. Sachanlagen			24.076.578,79	24.388
13. Sonstige Vermögensgegenstände			3.974.778,67	4.905
14. Rechnungsabgrenzungsposten			107.121,62	186
Summe der Aktiva			940.118.730,56	920.510

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	31.12.2010 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		<u>1.351.795,08</u>		<u>1.397</u>
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>69.630.096,77</u>		<u>74.638</u>
			<u>70.981.891,85</u>	<u>76.035</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	<u>297.221.703,77</u>			<u>295.048</u>
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>5.463.012,13</u>			<u>7.420</u>
		<u>302.684.715,90</u>		<u>302.468</u>
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	<u>422.600.635,60</u>			<u>395.288</u>
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>36.769.519,37</u>			<u>56.127</u>
		<u>459.370.154,97</u>		<u>451.415</u>
			<u>762.054.870,87</u>	<u>753.883</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		<u>12.695.323,81</u>		<u>15.524</u>
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
darunter:				
Geldmarktpapiere	<u>-,-</u> EUR			<u>(-)</u>
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	<u>-,-</u> EUR			<u>(-)</u>
			<u>12.695.323,81</u>	<u>15.524</u>
3a. Handelsbestand			<u>-,-</u>	<u>-,-</u>
4. Treuhandverbindlichkeiten			<u>-,-</u>	<u>-</u>
darunter: Treuhandkredite	<u>-,-</u> EUR			<u>(-)</u>
5. Sonstige Verbindlichkeiten			<u>968.649,32</u>	<u>778</u>
6. Rechnungsabgrenzungsposten			<u>393.919,52</u>	<u>332</u>
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		<u>6.716.649,00</u>		<u>6.390</u>
b) Steuerrückstellungen		<u>2.420.290,10</u>		<u>0</u>
c) andere Rückstellungen		<u>4.476.665,54</u>		<u>3.502</u>
			<u>13.613.604,64</u>	<u>9.893</u>
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			<u>-,-</u>	<u>-</u>
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			<u>-,-</u>	<u>-</u>
10. Genussschaftskapital			<u>-,-</u>	<u>-</u>
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	<u>-,-</u> EUR			<u>(-)</u>
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			<u>17.100.000,00</u>	<u>3.500</u>
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		<u>-,-</u>		<u>-</u>
b) Kapitalrücklage		<u>-,-</u>		<u>-</u>
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	<u>60.268.702,76</u>			<u>58.485</u>
cb) andere Rücklagen	<u>-,-</u>			<u>-</u>
		<u>60.268.702,76</u>		<u>58.485</u>
d) Bilanzgewinn		<u>2.041.767,79</u>		<u>2.081</u>
			<u>62.310.470,55</u>	<u>60.566</u>
Summe der Passiva			<u>940.118.730,56</u>	<u>920.510</u>
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		<u>-,-</u>		<u>-</u>
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>19.787.908,09</u>		<u>20.086</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			<u>19.787.908,09</u>	<u>20.086</u>
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		<u>-,-</u>		<u>-</u>
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>23.973.353,37</u>		<u>26.976</u>
			<u>23.973.353,37</u>	<u>26.976</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2010 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	25.734.793,50			25.362
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen	0,68	EUR		(25)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	7.725.002,70			9.401
		33.459.796,20		34.763
2. Zinsaufwendungen		12.709.870,95		15.229
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen	395.238,81	EUR		(406)
			20.749.925,25	19.534
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		4.093.271,68		3.728
b) Beteiligungen		292.351,18		191
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		-,-		-
			4.385.622,86	3.919
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			-,-	-
5. Provisionserträge		7.270.590,22		6.977
6. Provisionsaufwendungen		278.176,57		297
			6.992.413,65	6.680
7. Nettoaufwand (Vorjahr: Nettoertrag) aus Finanzgeschäften			-,-	9
8. Sonstige betriebliche Erträge			2.128.101,01	2.109
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-	-
			34.256.062,77	32.232
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	9.485.403,65			9.160
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.427.877,91			2.093
darunter: für Altersversorgung	715.209,85	EUR		(287)
		11.913.284,56		11.252
b) andere Verwaltungsaufwendungen		5.969.271,35		5.985
			17.882.552,91	17.237
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			1.811.900,58	1.719
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			1.833.167,56	2.067
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			-,-	2.556
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		9.041.414,61		-
			9.041.414,61	2.556
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		1.504.923,65		566
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			-,-	-
			1.504.923,65	566
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			-,-	-
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			13.600.000,00	3.500
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			6.664.932,68	4.587
20. Außerordentliche Erträge			-,-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen			-,-	85
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes		-,-		(85)
22. Außerordentliches Ergebnis			-,-	85
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		4.577.793,75		2.379
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		45.371,14		42
			4.623.164,89	2.421
25. Jahresüberschuss			2.041.767,79	2.081
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			-,-	-
			2.041.767,79	2.081
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		-,-		-
b) aus anderen Rücklagen		-,-		-
			-,-	-
			2.041.767,79	2.081
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		-,-		-
b) in andere Rücklagen		-,-		-
			-,-	-
29. Bilanzgewinn			2.041.767,79	2.081



Anhang

**zum 31. Dezember 2011
der Kreissparkasse Nordhausen**

A. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Der Jahresabschluss der Kreissparkasse Nordhausen zum 31. Dezember 2011 wurde nach den geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sind zum Nennwert ausgewiesen, wobei ein eventueller Unterschiedsbetrag zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag als Rechnungsabgrenzungsposten bilanziert und zeitanteilig aufgelöst wird. Erforderliche Wertberichtigungen werden vom Forderungsbestand abgesetzt. Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle akuten und latenten Ausfallrisiken. Den latenten Ausfallrisiken wird in Form von Pauschalwertberichtigungen, die entsprechend den Vorgaben der Finanzverwaltung ermittelt werden, Rechnung getragen. Für die bei Kreditinstituten bestehenden besonderen Risiken bestehen zudem versteuerte Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB, Reserven i. S. v. § 26a KWG a. F. und der Fonds für allgemeine Bankrisiken i. S. v. § 340g HGB. Das Wahlrecht gemäß § 340f Abs. 3 HGB wurde in Anspruch genommen.

Strukturierte Finanzinstrumente werden entsprechend den Vorgaben der Stellungnahme zur Rechnungslegung des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW RS HFA 22) grundsätzlich einheitlich bilanziert. Eine getrennte Bilanzierung der einzelnen Komponenten wird dann vorgenommen, wenn das eingebettete Derivat im Vergleich zum Basisinstrument wesentlich erhöhte oder zusätzlich andersartige Risiken oder Chancen aufweist und eine einheitliche Bilanzierung zu einer unzutreffenden Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage führen würde.

Der Buchwert der **strukturierten Schuldscheindarlehen** beläuft sich auf 6 Mio EUR und entspricht dem Nominalbetrag. Der Zeitwert dieser strukturierten Schuldscheindarlehen beträgt 6,3 Mio EUR.

Den **Wertpapierbestand** unterteilen wir gemäß den handelsrechtlichen Bestimmungen nach der jeweiligen Zweckbestimmung in Anlagevermögen, Liquiditätsreserve und Handelsbestand.

Die **Wertpapiere des Anlagevermögens und der Liquiditätsreserve** werden zu den Anschaffungskosten beziehungsweise niedrigeren Kurswerten oder den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert (strenges Niederstwertprinzip).

Im gesamten Jahr 2011 waren dem **Handelsbestand** keine Wertpapiere oder Finanzinstrumente zugeordnet. Unsere strategische Ausrichtung beinhaltet aktuell keine Handelsabsicht mehr.

Für die **Ermittlung des beizulegenden Werts** haben wir die Wertpapiere daraufhin untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein **aktiver Markt** vorliegt. Dabei haben wir auch die Marktverhältnisse in zeitlicher Nähe zum Bilanzstichtag in unsere Beurteilung einbezogen. Da nach unserer Einschätzung für die von uns gehaltenen Wertpapiere aktive Märkte vorliegen, haben wir Börsenpreise oder sonstige Marktpreise zur Bewertung herangezogen. Die angesetzten Kurse haben wir zusätzlich jeweils anhand mindestens einer zweiten Kursquelle plausibilisiert. Die Anteile an dem Wertpapier-Spezialfonds und den Publikumsfonds haben wir auf Basis der investimentrechtlichen Rücknahmepreise bewertet.

Die **Beteiligungen** und die **Anteile an verbundenen Unternehmen** sind mit den Anschaffungskosten bzw. den fortgeführten Buchwerten bilanziert; bei Wertminderung werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Die entgeltlich erworbenen **immateriellen Anlagewerte** und die **Sachanlagen** bewerten wir zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer. Bei nachträglichen Herstellungskosten für den eigen- und fremdgewerblich genutzten Teil des Hauptstellengebäudes werden die in Vorjahren gemäß § 7 Abs. 4 Satz 2 EStG i. V. m. dem BFH-Urteil vom 25. November 1970, IR 165/67, BStBl 1971 II S. 142 festgelegten Abschreibungssät-

ze entsprechend Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB fortgeführt. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten 150 EUR nicht übersteigen, werden aus Vereinfachungsgründen in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen im Jahr der Anschaffung sofort als Aufwand erfasst. Bei Anschaffungskosten zwischen 150 EUR und 1.000 EUR werden die geringwertigen Wirtschaftsgüter in einen Sammelposten aufgenommen, der ab dem Jahr der Anschaffung jährlich in Höhe eines Fünftels abgeschrieben wird.

Soweit die Gründe für vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen bzw. für Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert nicht mehr bestehen, werden **Zuschreibungen nach § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB** vorgenommen. Dies gilt auch für unter den **Sonstigen Vermögensgegenständen** ausgewiesene, zur Rettung von Forderungen erworbene Grundstücke und Gebäude.

Aufgrund **steuerrechtlicher Abschreibungen** auf das Sachanlagevermögen in früheren Geschäftsjahren, die gemäß Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB fortgeführt wurden, und der daraus resultierenden Beeinflussung des Steueraufwands liegt der ausgewiesene Jahresüberschuss um etwa 11 % über dem Betrag, der sonst auszuweisen gewesen wäre. Aus der Fortführung des Ansatzes steuerlicher Werte aus früheren Geschäftsjahren sind zukünftige Belastungen in Form von Steuerzahlungen zu erwarten. Die Belastungen verteilen sich über eine Reihe von Jahren und beeinflussen die künftigen Jahresergebnisse nur unwesentlich.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag beziehungsweise Nominalbetrag passiviert. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten wird in den Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Bei der Bemessung der **Rückstellungen** haben wir alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste angemessen und ausreichend berücksichtigt. Soweit erforderlich haben wir künftige Preis- und Kostensteigerungen sowie bei Abzinsung der Rückstellungen die Zinssätze entsprechend den Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung berücksichtigt.

Im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuch) haben wir einen barwertorientierten Rückstellungstest durchgeführt und hierbei den Entwurf der Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. ERS BFA 3 berücksichtigt. Im ersten Schritt haben wir den Überschuss des Barwerts des Bankbuchs über den Buchwert des Bankbuchs ermittelt. Vom Ergebnis dieser Ermittlung haben wir die Verwaltungsaufwendungen und Risikokosten abgezogen, die bis zur vollständigen Abwicklung des Bestands des Bankbuchs erwartet werden. Nach unseren Ermittlungen hat sich kein Verpflichtungsüberschuss ergeben.

Den **Aufwand für die Aufzinsung der Rückstellungen**, die nicht im Zusammenhang mit dem Bankgeschäft stehen (378 TEUR), haben wir im Zinsergebnis ausgewiesen.

B. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

FRISTENGLIEDERUNG*

	Restlaufzeiten				Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	Beträge, die in dem Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, fällig werden
	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre		
TEUR						
Aktivposten						
3. Forderungen an Kreditinstitute b) andere Forderungen (ohne Bausparguthaben)	9.000	25.000	8.000	----	----	----
4. Forderungen an Kunden	8.952	32.839	144.631	240.671	45.751	----
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	----	----	----	----	----	48.149
Passivposten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.405	3.832	34.123	29.516	----	----
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden a) Spareinlagen ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	2.116	3.257	72	18	----	----
b) andere Verbindlichkeiten bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	2.919	5.733	25.277	2.837	----	----
3. Verbriefte Verbindlichkeiten a) begebene Schuldverschreibungen	----	----	----	----	----	1.799

* Von dem Wahlrecht des § 11 Satz 3 RechKredV haben wir Gebrauch gemacht.

**BEZIEHUNGEN ZU VERBUNDENEN UNTERNEHMEN SOWIE UNTERNEHMEN,
MIT DENEN EIN BETEILIGUNGSVERHÄLTNIS BESTEHT**

In den folgenden Posten sind Forderungen an bzw. Verbindlichkeiten gegenüber verbundene(n) Unternehmen sowie an/gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten:

Bilanzposten	Forderungen an bzw. Verbindlichkeiten gegenüber			
	verbundene(n) Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
	TEUR			
Aktivposten				
Forderungen an Kreditinstitute	-	-	178	-
Forderungen an Kunden	1.069	1.135	22.379	23.102
Sonstige Vermögensgegenstände	-	-	83	-
Passivposten				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	603	414	26	13

FORDERUNGEN AN DIE BZW. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER DER EIGENEN GIROZENTRALE

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main und Erfurt, sind in den folgenden Bilanzposten enthalten:

	31.12.2011	31.12.2010
	TEUR	
Forderungen an Kreditinstitute	24.777	23.927
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	53.740	58.558

BÖRSENFÄHIGE WERTPAPIERE

	insgesamt	davon		darunter wie Anlagever- mögen bewertet
		börsen- notiert	nicht börsen- notiert	
	TEUR			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	223.266	219.020	4.246	-
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	113.526	21.434	92.092	-

ANTEILSBESITZ

Unter den Anteilen an verbundenen Unternehmen und den Beteiligungen werden die Anteile an folgenden Unternehmen ausgewiesen:

a) Verbundene Unternehmen

Name, Sitz	Kapital- anteil	Eigenkapital	Ergebnis
	%	TEUR	
IBV Immobilien Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft Nordhausen GmbH; Nordhausen, Kornmarkt 9	100	36	0
Immobilien Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft der Kreissparkasse Nordhausen GmbH & Co. KG; Nordhausen, Kornmarkt 9	100	939	194

Nach den Jahresabschlüssen zum 31. Dezember 2011 betragen bei der IBV Immobilien Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft Nordhausen GmbH die Bilanzsumme 40 TEUR bzw. die Umsatzerlöse 10 TEUR und der Jahresüberschuss 0,4 TEUR sowie bei der Immobilien Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft der Kreissparkasse Nordhausen GmbH & Co. KG die Bilanzsumme 2.252 TEUR, die Umsatzerlöse 573 TEUR und der Jahresüberschuss 194 TEUR. Eine Einbeziehung der Tochterunternehmen in einen Konzernabschluss hätte einen unwesentlichen Einfluss auf die Bilanzsumme, das Eigenkapital und den Jahresüberschuss. Im Hinblick auf das durch den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 der Sparkasse vermittelte, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind die verbundenen Unternehmen insgesamt von untergeordneter Bedeutung, so dass gemäß § 296 HGB die Aufstellung eines **Konzernabschlusses** unterbleiben konnte.

b) Sonstiger Anteilsbesitz von 20 % oder mehr

Name, Sitz	Kapital- anteil	Eigenkapital	Ergebnis
	%	TEUR	
Zweite Hessisch-Thüringische Sparkassen-Kapital-einlagenverwaltungsgesellschaft mbH; Battenberg	25	22	1

Das Stammkapital der Sparkasse bei dieser Gesellschaft ist Ende 2011 zur Hälfte eingezahlt.

ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS
a) Finanzanlagen

	Veränderungen des Geschäftsjahrs	Buchwert	
		31.12.2011	31.12.2010
	TEUR		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-35.666	56.384	92.050
Beteiligungen	-500	11.445	11.945
Anteile an verbundenen Unterneh- men	-	5.826	5.826

Es wurde von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 RechKredV Gebrauch gemacht.

b) Sachanlagen , Immaterielle Anlagewerte und Sonstige Vermögensgegenstände

	Grundstücke, grundstücks- gleiche Rechte und Bauten	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Immaterielle Anlagewerte	Sonstige Vermögens- gegenstände
	TEUR			
Anschaffungskosten am 1.1.2011	43.520	13.546	857	1.740
Zugänge	750	742	4	-
Abgänge	-	1.114	504	-
aufgelaufene Abschreibungen	23.619	9.749	326	-
Abschreibungen des Geschäftsjahrs	1.165	593	54	-
Buchwert am 31.12.2011	20.651	3.425	31	1.740
Buchwert am 31.12.2010	21.066	3.322	81	1.740

Die Grundstücke und Bauten entfallen mit 9,3 Mio EUR auf von der Sparkasse im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke.

ANGABEN ZU ANTEILEN AN INVESTMENTVERMÖGEN

Zu Investmentvermögen i. S. v. § 1 Investmentgesetz, an denen die Sparkasse am 31. Dezember 2011 mehr als 10 % der Anteile hält, machen wir gemäß § 285 Nr. 26 HGB die folgenden Angaben:

Bezeichnung des Investmentvermögens	Marktwert	Differenz zum Buchwert	Ausschüttungen im Geschäftsjahr
			TEUR
Wertpapier-Spezialfonds mit Anlage-schwerpunkt Renten A-Nordhausen 2-Fonds	67.450	+846	2.578

Das dargestellte Investmentvermögen unterliegt zum Bilanzstichtag keiner Beschränkung in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe.

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31.12.2011	31.12.2010
	TEUR	
Aktivseite		
Agio aus Forderungen	43	63
Disagio aus Verbindlichkeiten	48	70
Passivseite		
Disagio aus Forderungen	389	322
Agio aus Verbindlichkeiten	5	10

VERMÖGENSGEGENSTÄNDE UND VERBINDLICHKEITEN IN FREMDWÄHRUNG

Auf Fremdwährung lauten Vermögensgegenstände (Sorten) im Gesamtbetrag von 90 TEUR.

RÜCKSTELLUNGEN

Rückstellungen für Pensionen sind gemäß versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt. Dabei wurden die Heubeck-Richttafeln 2005G und ein durchschnittlicher Marktzinssatz von 5,14 % p. a. bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren zugrunde gelegt. Hierbei haben wir die von der Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelten Zinssätze verwendet. Erwartete Lohn- und Gehaltssteigerungen wurden mit 2,0 % p. a. berücksichtigt, erwartete Rentensteigerungen mit 1,5 % p. a.

ANGABEN ZUR VERRECHNUNG GEMÄß § 246 ABS. 2 HGB

Vermögensgegenstände und Schulden wurden nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB in folgendem Umfang miteinander verrechnet:

Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände	beizulegender Zeitwert zum 31.12.2011 der verrechneten Vermögensgegenstände	Erfüllungsbetrag der Schulden	verrechnete Aufwendungen und Erträge
TEUR			
105	101	101	7

Bei den verrechneten Vermögensgegenständen handelt es sich in Höhe von 97 TEUR um Wertpapiere und in Höhe von 4 TEUR um Ansprüche aus einer Rückdeckungsversicherung die - sofern eine Verrechnung gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB nicht erfolgen würde - im Bilanzposten Aktiva 6 bzw. 13 auszuweisen wären.

Bei den verrechneten Schulden handelt es sich in Höhe von 101 TEUR um Rückstellungen für Pensionszusagen die - sofern eine Verrechnung gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB nicht erfolgen würde - im Bilanzposten Passiva 7a auszuweisen wären.

Nach unserer Einschätzung liegt ein aktiver Markt für die ausgewiesenen Vermögensgegenstände vor, insofern basieren die beizulegenden Zeitwerte auf Börsen- oder sonstigen Marktpreisen.

EIGENKAPITAL

Der Unterschiedsbetrag zwischen der zum 31. Dezember 2011 ausgewiesenen Sicherheitsrücklage von 60.269 TEUR und dem Vorjahresbetrag von 58.485 TEUR zuzüglich Bilanzgewinn von 2.081 TEUR steht im Zusammenhang mit einer Ausschüttung aus dem Bilanzgewinn 2010 an den Landkreis Nordhausen als Träger der Sparkasse in Höhe von 297 TEUR.

ALS SICHERHEIT ÜBERTRAGENE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Ausschließlich für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aus Weiterleitungsmitteln wurden Forderungen mit Buchwerten von 40.012 TEUR als Sicherheit übertragen.

Als Sicherheit für eigene Geschäfte und Kundengeschäfte an der EUREX wurde eine Anleihe mit einem Buchwert von 5 Mio EUR hinterlegt. Zum Bilanzstichtag bestanden keine derart besicherten Verbindlichkeiten.

C. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZU DEN POSTEN UNTER DEM BILANZSTRICH

EVENTUALVERBINDLICHKEITEN UND ANDERE VERPFLICHTUNGEN

In den Posten „Eventualverbindlichkeiten“ sowie „Andere Verpflichtungen“ sind keine Einzelbeträge enthalten, die in Bezug auf die Gesamttätigkeit der Sparkasse von wesentlicher Bedeutung sind.

D. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

PROVISIONSERTRÄGE

Die Provisionserträge resultieren im Wesentlichen aus dem Giroverkehr sowie aus der Vermittlung von Produkten der Verbundpartner (im Wesentlichen Versicherungen, Bausparverträgen, Immobilien und Investmentfondsanteilen).

SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren im Wesentlichen aus Grundstückserträgen für nicht sparkassenbetrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude(teile) in Höhe von 1.451 TEUR.

SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultieren im Wesentlichen aus Aufwendungen für die Bildung von Rückstellungen für potenzielle Schadenersatzansprüche aus der Vermittlung von Anlagen an Kunden in Höhe von 646 TEUR sowie für Aufwendungen für nicht sparkassenbetrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude(teile) in Höhe von 474 TEUR und geleisteten Spenden in Höhe von 339 TEUR.

STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG

Der ausgewiesene Steueraufwand entfällt ausschließlich auf das Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit.

Etwa 7 % des ausgewiesenen Steueraufwands entfällt auf um Erstattungen verminderte Nachzahlungen für Vorjahre infolge einer Außenprüfung gemäß §§ 193 ff. der Abgabenordnung.

PERIODENFREMDE ERTRÄGE UND AUFWENDUNGEN

Im Steueraufwand sind insgesamt 593 TEUR Nachzahlungen für Körperschafts- und Gewerbesteuern infolge einer Außenprüfung gemäß §§ 193 ff. der Abgabenordnung enthalten, die anderen Geschäftsjahren zuzurechnen sind.

E. SONSTIGE ANGABEN
DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE, DIE NICHT ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT BILANZIERT WURDEN

Am Bilanzstichtag bestanden außerhalb des Handelsbestands die nachfolgend aufgeführten Arten an noch nicht abgewickelten derivativen Finanzinstrumenten, die die Sparkasse zur Absicherung von Adressenausfallrisiken und zur Steuerung des Zinsbuchs abgeschlossen hat. Der überwiegende Teil dient der Absicherung bilanzwirksamer und bilanzunwirksamer Positionen im Rahmen der zentralen Aktiv- und Passivsteuerung.

Die Volumina und die beizulegenden Zeitwerte der derivativen Geschäfte stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Geschäftsart	Nominalwerte		beizulegender Zeitwert zum 31.12.2011	
	31.12.2011	31.12.2010	positiv	negativ
	TEUR			
Zinsrisiken				
Zinsswaps				
Payer-Swaps	81.000	75.000	-	4.029
Receiver-Swaps	23.000	23.000	614	13
Zinsrisiken insgesamt	104.000	98.000	614	4.042
Adressenrisiken				
Credit Default Swaps				
Credit Default Swaps als Sicherungsnehmer	2.000	2.500	-	29
Credit Default Swaps als Sicherungsgeber	8.422	8.500	92	33
Adressenrisiken insgesamt	10.422	11.000	92	62
Insgesamt	114.422	109.000	706	4.104

* einschließlich getrennt zu bilanzierende eingebettete Derivate von strukturierten Produkten

Zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos haben wir Zinsswaps mit einem Nominalvolumen von 104 Mio EUR abgeschlossen. Diese Zinsswaps berücksichtigt die Sparkasse im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs; diesbezüglich verweisen wir auf unsere Ausführungen in Abschnitt „A. Bilanzierung- und Bewertungsmethoden“.

Die Ermittlung des beizulegenden Wertes der Zinsswaps haben wir mittels Barwertmodell mit Hilfe der Anwendung SimCorp Dimension durchgeführt und dabei die erwarteten zukünftigen Cashflows sowie Zinssätze, die sich nach der aktuellen Zinsstrukturkurve richten, als Bewertungsparameter verwendet. Den beizulegenden Zeitwert der Credit Default Swaps hat die Sparkasse anhand eines Bewertungsmodells ermittelt, dem als wesentliche Parameter die Ratings der Kreditnehmer zugrunde liegen. Für die Credit Default Swaps wurde eine Drohverlustrückstellung in Höhe von 91 TEUR unter dem Passivposten 7 (Rückstellungen) ausgewiesen.

Zum Bilanzstichtag zeigen die derivativen Geschäfte folgende Fristigkeitsstruktur:

Nominalwerte/Restlaufzeiten	31.12.2011	31.12.2010
	TEUR	
Zinsrisiken		
- bis 1 Jahr	13.000	10.000
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	46.000	54.000
- über 5 Jahre	45.000	34.000
Zinsrisiken insgesamt	104.000	98.000
Adressenrisiken		
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	10.422	11.000
Adressenrisiken insgesamt	10.422	11.000

NICHT AUS DER BILANZ ERSICHTLICHE SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Die Sparkasse ist beschränkt haftende Gesellschafterin der HELICON Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG, Pullach. Die Haftung ist auf die im Handelsregister eingetragene Haftsumme begrenzt.

Die Sparkasse hat sich an der Kapitalerhöhung der Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG, Bad Homburg v. d. Höhe, beteiligt und in diesem Zusammenhang eine verbindliche Zusage zur Übernahme von 53 TEUR Beteiligungskapital gegeben.

Die Sparkasse ist dem bundesweiten Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen Finanzgruppe zur Verfügung. Das Sicherungssystem basiert auf dem Prinzip der Institutssicherung. Durch die Sicherung der Institute selbst sind im gleichen Zuge auch die Einlagen aller Kunden ohne betragsmäßige Begrenzung geschützt. Im Bedarfsfall entscheiden die Gremien der zu-ständigen Sicherungseinrichtungen darüber, ob und in welchem Umfang Stützungsleistungen zugunsten eines Instituts erbracht und an welche Auflagen diese ggf. geknüpft werden. Zur Fortentwicklung des Sicherungssystems der deutschen Sparkassenorganisation erfolgten zum 1. Januar 2006 die Einführung eines Risikomonitoringsystems zur Früherkennung von Risiken sowie die Umstellung auf eine risikoorientierte Beitragsbemessung bei gleichzeitiger Ausweitung des Volumens der Sicherungsreserve der Sparkassenorganisation (Barmittel und Nachschusspflichten).

Als zusätzliche neben den nationalen Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge entfaltet darüber hinaus der regionale Reservefonds der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen instituts- und gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von den Mitgliedssparkassen des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT) und der Landesbank Hessen-Thüringen sukzessive dotiert, bis 5 Promille der Bemessungsgrundlage (Gesamtrisikoposition, nach der sich das bankaufsichtsrechtlich erforderliche Eigenkapital errechnet) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur vollständigen Bar-einzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der SGVHT die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrages, der auf erstes Anfordern bei den Instituten eingezogen werden kann.

Die Sparkasse ist Mitglied bei der für sie zuständigen Zusatzversorgungskasse (ZVK), deren Umlagesatz nach einem Abschnittsdeckungsverfahren berechnet wird. Träger der ZVK ist der Kommunale Versor-

gungsverband Thüringen in Artern, der das Kassenvermögen der ZVK als Sondervermögen getrennt vom eigenen Vermögen verwaltet. Anspruchsberechtigt gegen diese Kasse sind grundsätzlich alle aufgrund der Tarifverträge für den öffentlichen Dienst sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Sparkasse sowie diejenigen Mitarbeiter, für die eine Teilnahme an der Zusatzversorgung vereinbart wurde. Es wird eine zusätzliche Berufsunfähigkeits-, Erwerbsunfähigkeits- sowie eine Alters- und Hinterbliebenenversorgung gewährt. Die Höhe der Versorgungszusage beruht auf dem Betriebsrentensystem in Form des Punktemodells; sie ist insbesondere abhängig von der Dauer der Beschäftigung im öffentlichen Dienst und dem Zusatzversorgungspflichtigen Entgelt des Arbeitnehmers. Ein Anspruch auf die Betriebsrente besteht nach einer Mindestzugehörigkeit zum öffentlichen Dienst von fünf Jahren. Der Umlagesatz betrug im Jahr 2011 1,1 % der umlagepflichtigen Gehälter von 8,5 Mio EUR und wurde vollständig von der Sparkasse als Arbeitgeber getragen; er enthält kein Sanierungsgeld. Außerdem wird zum Aufbau eines Kapitalstocks ein Zusatzbetrag von derzeit 4 % erhoben, der jeweils hälftig von der Sparkasse als Arbeitgeber und vom Arbeitnehmer getragen wird; eine Änderung des Zusatzbetrags ist derzeit nicht absehbar. Der Betrag der mittelbaren Pensionsverpflichtungen i. S. v. Artikel 28 Abs. 2 EGHGB kann nicht zuverlässig quantifiziert werden, da die dafür maßgeblichen ZVK-Daten nicht zur Verfügung stehen.

BEZÜGE DER ORGANMITGLIEDER

Die Gesamtbezüge des Vorstands beliefen sich im Geschäftsjahr 2011 auf 584 TEUR. Die Gesamtbezüge der Verwaltungsratsmitglieder betragen im Geschäftsjahr 2011 29 TEUR. Für frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen ergaben sich im gleichen Zeitraum Gesamtbezüge von 243 TEUR.

Für frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen haben wir insgesamt 3.249 TEUR zurückgestellt; dieser Betrag trägt sämtlichen Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis Rechnung.

KREDITE AN ORGANE

Zum Bilanzstichtag stellte sich der Gesamtbetrag der gewährten Vorschüsse und Kredite sowie der eingegangenen Haftungsverhältnisse im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	31.12.2011	31.12.2010
	TEUR	
Vorstand	473	495
Verwaltungsrat	2.326	2.255

ANGABE DES ABSCHLUSSPRÜFERHONORARS NACH § 285 SATZ 1 NR. 17 HGB

In der Gewinn- und Verlustrechnung sind folgende Honorare für unseren Abschlussprüfer, die Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen, enthalten:

	TEUR
Honorar für Abschlussprüfungsleistungen	125
Honorar für andere Bestätigungsleistungen	9
Insgesamt	134

ANGABEN ZU LATENTEN STEUERN NACH § 285 SATZ 1 NR. 29 HGB

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen der Handelsbilanz und den steuerrechtlichen Wertansätzen bestehen zum Bilanzstichtag Steuerlatenzen. Dabei wird der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen von 2,3 Mio EUR durch absehbare Steuerentlastungen überdeckt. Die wesentlichen künftigen Steuerbelastungen resultieren zu rund 54 % aus unterschiedlichen Wertansätzen bei den Beteiligungen und zu rund 45 % aus in Wertpapierfonds enthaltenen negativen Aktiengewinnen. Ohne Berücksichtigung der aufgrund des Bildens von Vorsorgereserven nach § 340f HGB und Reserven nach § 26a KWG a. F. entstandenen Ansatzunterschiede entfallen die künftigen Steuerentlastungen im Wesentlichen auf unterschiedliche Wertansätze bei den Rückstellungen (48 %), bei den Wertpapieren (36%) bzw. bei den Forderungen an Kunden (8 %). Der Ermittlung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz von 29,72 % (Körperschaft- und Gewerbesteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag) zugrunde gelegt. Aus Beteiligungen an Personengesellschaften resultierende, lediglich der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag unterliegende Differenzen wurden bei den Berechnungen mit 15,825 % bewertet.

MITARBEITER UND MITARBEITERINNEN

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2011	2010
Vollzeitkräfte	146	148
Teilzeit- und Ultimokräfte	87	82
	233	230
Auszubildende	17	20
Insgesamt	250	250

VERWALTUNGSRAT UND VORSTAND

Verwaltungsrat

Vorsitzender

Joachim Claus
Landrat des Landkreises Nordhausen

Stellvertretende Vorsitzende

Egon Primas
Mitglied des Thüringer Landtages

Birgit Keller
Mitglied des Thüringer Landtages

Mitglieder

Doris Apel
Sachbearbeiterin bei der Kreistagsfraktion der SPD

Andreas Kruse
Handwerksmeister und Inhaber eines Handwerks-
betriebs Heizung, Lüftung, Sanitär

Ronald Heinemann
Geschäftsführer bzw. Inhaber eines Malerei- und
Einzelhandelsunternehmens

Ute Müller
Sparkassenangestellte; Leiterin Sparkassenfiliale
Kornmarkt

Bianca Hillebrecht
Sparkassenangestellte; Gruppenleiterin Geschäfts-
kundenbetreuung

Barbara Rinke
Oberbürgermeisterin der Stadt Nordhausen

Hans-Joachim Klapproth
Sparkassenangestellter; Gruppenleiter Wohnungs-
baufinanzierung

Vorstand

Vorsitzender

Dieter Przybilla

Mitglied

Wolfgang Asche

**Stellvertretendes Vorstandsmitglied
mit Sitz und Stimme**

Thomas Seeber

Nordhausen, 28. März 2012

Kreissparkasse Nordhausen
Der Vorstand



Przybilla



Asche



Seeber

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Kreissparkasse Nordhausen für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Kreissparkasse Nordhausen. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bilds der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Kreissparkasse Nordhausen sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kreissparkasse Nordhausen. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Kreissparkasse Nordhausen und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.


Frankfurt, den 18. Mai 2012

Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen
- Prüfungsstelle -

Alles
Wirtschaftsprüfer

Der Verwaltungsrat der Kreissparkasse Nordhausen hat den Jahresabschluss
zum 31. Dezember 2011 am 20. Juni 2012 festgestellt.

Kreissparkasse Nordhausen
Der Vorstand


Asche


Seeber

